

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Jahrespreis 2,40 Mk.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepostete Bestelle oder deren Raum 25 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Donnerstag, den 8. März 1917.

24. Jahrg.

Die Unabhängigkeit vom Ausland.

In der Hauptversammlung des Bundes der Landwirte hat der Vorsitzende des Bundes, Freiherr von Wangenheim, die angeblichen Lügen unseres Zolltarifes beklagt und für die herrschende Lebensmittelknappheit verantwortlich gemacht: „Die Lügen in unserer Zollrüstung rächen sich heute. Der Milch- und Futtermittelzoll ist verlastet und verhöhnt worden und so haben wir ein Kunstgebäude aufgebaut, in dem in vielen Gebieten unsere Viehmastung nur auf den billigen ausländischen Futtermitteln beruht.“

Herr v. Wangenheim hat damit die vor dem Kriege so beliebten Statistiken verleugnet, die die Unabhängigkeit Deutschlands in der Lebensmittelversorgung vom Auslande darsagen wollten. Da wurde einem gläubigen Publikum erzählt, daß wir es dank den Hochschutzzöllen so weit gebracht hätten, daß nur zehn Prozent der Brotfrucht und vier Prozent des Fleischbedarfs Deutschlands aus dem Auslande eingeführt werden müßten. Wohl wahr! Die Zahlen stimmten, aber sie bewiesen nicht, was bewiesen werden sollte: daß wir unabhängig vom Auslande seien.

Die großen Getreideernten Deutschlands waren nur mit Hilfe ausländischer Düngers und ausländischer Arbeiter möglich. Der Chilealpeter wird nach dem Kriege, sobald der Bedarf der Rüstungsindustrie nachgelassen haben wird, durch künstlichen Stiefstoff reichlich, vielleicht überreichlich befriedigt werden. Anders steht es schon mit den Sachengängern. Während zur Zeit der Kriegserklärung nicht viele Tausende polnischer und russischer Landarbeiter in Deutschland gewesen, die zwangsweise festgehalten wurden, hätten die Millionen Kriegsgefangenen nicht ein neues Arbeiterheer gebildet, so wäre die Versorgung Deutschlands mit Brotfrucht nicht einmal in dem jetzigen bescheidenen Umfange gelungen. Nach dem Kriege wird es erst recht empfindlich werden, wie sehr Deutschland für die Versorgung seiner Ernten auf ausländische Arbeitskraft angewiesen ist. Galizien ist verheert und menschenarm geworden. Wenn nicht die wirtschaftliche Not allzu groß ist, wird der Bauer dort ein erweiterter Tätigkeitsfeld finden. Die russische Regierung hat schon vor dem Kriege mit dem Verbot der Sachengängerei gedroht, um auf Deutschland handelspolitischen Druck auszuüben. Wer aber behauptet, daß die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft durch höhere Schutzzölle gelöst wird, die den Bodenpreis verteuern? Eindringende wirtschaftliche Untersuchungen der letzten Friedensjahre haben gezeigt, daß gerade der Kleinbauern die Werte gestiegen ist, daß sein Bekauer kaum rentabel wirtschaften konnte, auch wenn er den letzten Rest Arbeitskraft aus seinem und seiner Angehörigen Knochen zog. Nur intensive innere Kolonisation könnte das Problem mildern und dieser Kolonisation leisten gerade die Freunde des Herrn v. Wangenheim durch die Verluste, mehr Boden fideikommissarisch zu binden, erbitterten Widerstand.

Wie die Versorgung des deutschen Volkes mit auf eigenem Acker gewachsener Brotfrucht von ausländischen Landarbeitern abhängt, so die deutsche Fleisch- und Milchversorgung von ausländischen Futtermitteln. Um welche unglaublichen Mengen es sich handelt, zeigt ein Blick in das statistische Jahrbuch. In Futtermitteln und Mais führte Deutschland abzüglich der Ausfuhr vier Millionen Tonnen ein. Diese Futtermittel bildeten die Grundlage unserer Schweinezucht, die stellenweise geradezu industriellen Charakter angenommen hatte. Im Rhein und in hannoverschem Heidegebiet wurden kolossale Schweinemastereien angelegt, die viele Tausende Schweine für die großen Industriezentren mit Hilfe der auf dem Wasserwege billig eingeführten russischen Futtergerste züchteten. Die Grundlage der Rindviehzucht war die Einfuhr von Delfrüchten und Delfrüchermehl, Kleie und Reisabfällen, ausgelagerten Zuckerrübenschnitzeln, Schlempe und Stärkerückstände, Trebern, Maisteimen und Widen. Die Einfuhr dieser Kraftfuttermittel, mit denen wir die Mastochsen drockzen und die hohe Milchergiebigkeit der Kühe erzielen, betrug abzüglich der Ausfuhr 4,4 Millionen Tonnen.

Damit ist es aber noch lange nicht genug. Gerade jetzt macht ein drüdenber Zeitmangel den Hausfrauen täglich die bittersten Kummernisse. Dieser Zeitmangel erklärt sich unschwer, wenn man sich erinnert, daß wir an Delfrüchten und Delfrüchermehl 1,6 Millionen Tonnen einfuhrten. Dazu kam noch eine Einfuhr an Milch und Milchprodukten von 136 213 Tonnen und eine Einfuhr von Eiern und Eigelb von 160 000 Tonnen, alles abzüglich der Ausfuhr. Nur wenige Deutsche haben gewußt, daß die wichtigsten Ausfuhrwaren Oesterreich-Ungarns nach Deutschland Eier waren. Wir bezogen im Jahre 1912 aus der Donaumonarchie für nicht weniger als 83,5 Millionen Mark Eier. Erst an zweiter Stelle stand die Braunkohle mit 69 Millionen Mark. An der Ausfuhr Russlands nach Deutschland nehmen die Eier erst die vierte Stelle ein.

Die deutsche Landwirtschaft hat vor dem Kriege und in dem Kriege durch große und rühmensewerte Leistungen imponiert. Aber das Unmögliche kann sie nicht möglich machen. Wollten wir unsern Bedarf an Milchwaren und Butter allein im Inlande decken, so müßten wir, gegenüber dem Stande von 1913 nicht weniger als 837 000 Kühe neu einstellen, das heißt, unsern Ruchstand um etwa 16 vom Hundert erhöhen. Um allein die Einfuhr von Delfrüchten — und die Delfrüchteinfuhr deckt noch lange nicht den ganzen Fettbedarf des deutschen Volkes — überflüssig zu machen, müßten wir die Anbaufläche von Weizen um 2 1/2 Millionen Sektar vermehren. Das ist eine Anbaufläche, die das jetzige Weizenbauareal um 20 Prozent übersteigt.

Auch der läckenlose Zolltarif sichert nicht die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Kraft; er gefährdet

sie nur. Nach dem Kriege werden billige Nahrungsmittel in ausreichender Menge mehr nottun als wie zuvor. Ebenso wie die Männer, die jetzt unter Waffen stehen, werden die Frauen und Kinder noch lange an den körperlichen und seelischen Folgen dieses Krieges zu tragen haben. Die Nahrung des kommenden Geschlechts darf nicht verteuert und beschränkt werden, um einer Schimäre willen, um des Glaubens willen, daß die 70 Millionen Deutschen von den Früchten ihres Bodens leben könnten. O gewiß! Deutschland könnte sich selbst versorgen. Aber dann müßte es erst in den Agrarstaat zurückfallen, dann müßten Millionen seiner Kinder den Staub des ungaslichen Vaterlandes von den Knien schütteln, dann müßte auch noch der traurige Rest der Bevölkerung auf dauernde Hungerzation gesetzt werden!

Vom Tage.

Außer lebhaftem Artilleriefener und reger Patrouillentätigkeit kam es am 6. März lediglich am Courieres-Wald zu größeren Kampfhandlungen. Die Franzosen mühen sich hartnäckig, die hier am 4. März verloren gegangenen Stellungen zurückzunehmen. Den ganzen Tag über lag starkes feindliches Artilleriefener unter Fliegerbeobachtung auf den neuen deutschen Stellungen und dem Hintergelände. Dem von 5.30 bis 7 Uhr währenden Trommelfener folgte ein Angriff, der jedoch im Vernichtungsfeuer der deutschen Batterien und Minenwerfer größtenteils nicht zur Entwicklung kam. Wo der Feind vorbrach, wurde er durch Maschinengewehr- und Infanteriefener abgewiesen. Nachts wiederholte sich das starke Artilleriefener noch mehrfach, doch kamen weitere Angriffe in dem wirkungslosen Abwehrfeuer nicht zur Durchführung. Deutsche Patrouillen stießen bis zu den feindlichen Gräben vor und stellten schwere blutige Verluste der Franzosen fest. Die eroberten neuen Stellungen sind restlos in deutscher Hand.

Da die Franzosen ihre Wiedereroberung bereits am 6. März 11 Uhr vormittags durch Funkpruch gemeldet haben, die in Wirklichkeit jedoch allen Versuchen zum Trotz nicht gelingen will, so sieht sich der französische Funddienst zur Verschleierung genötigt. Der Eijfekturm telekt am 6. März, 4 Uhr nachmittags, von deutschen Wiedereroberungsversuchen, wovon schon deswegen nicht die Rede sein kann, weil die Deutschen von dem am 4. März eroberten Gelände keinen Fußbreit aufgegeben haben.

Der in Kiew erscheinende „Armeeshote“ schreibt: Die feindliche Fliegertätigkeit ist sehr lebhaft. Die Flieger warfen zahlreiche Bomben ab. Am Stachod beschloß von feindlichen Fliegern informierte schwere Artillerie die neuen verletzten russischen Verschanzungen. Nachts bombardierte der Feind mit chemischen Bomben einen von unseren Truppen besetzten Wald. Nordlich Borow eröffnete die feindliche Artillerie ein systematisches Feuer gegen unsere Schützengräben. Südlich von Brzegany eröffnete der Feind unerwartet Feuer aus Minenwerfern. An der Wiktriga südlich von Jesupol machte der Feind einen Infanterie-Angriff. Unsere Vorposten mußten auf das andere Ufer zurückweichen.

Ueber China liegen auch heute wieder einige Meldungen vor, aus denen hervorgeht, daß die Ententemächte versuchen, gegen Leistung finanzieller Hilfe China an ihre Seite zu ziehen und es zu veranlassen, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. — Eine weitere Genfer Meldung besagt: Aus Pestinger Depeschen geht hervor, daß der Ministerpräsident auf kräftige diplomatische Unterstützung rechnete, indem er brüst und unvermittelt den Staatschef vor heimlich vollzogene Tatsachen setzte und ihm höchst wichtige Verhandlungen über auswärtige Angelegenheiten vollständig verbar. Ob Kabinettskrisis oder Präsidentenkrisis die nächste Folge sein wird, lassen die Depeschen offen. Der Satz in der Kundgebung des Staatschefs: „Mir allein liegt die oberste Verantwortung für die Verwendung von Heer und Flotte ob,“ beweist, daß Generalität und Seekommando keineswegs ein unbedingtes Eingehen auf die Washingtoner (?) Pläne gutheißen, vielmehr die Neutralitätsabsichten des Präsidenten zu unterstützen gewillt sind.

Der kriegsfreundliche Sozialist Labriola wandte sich in der italienischen Kammer gegen die Antwort der Entente auf Wilsons

Friedensvorschlag und bedauerte, daß im ganzen Dokument von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht die Rede ist. Sicherlich sei es Pflicht der Entente, Serbien wiederherzustellen, aber die Wiederherstellung dürfe nicht zu einem Großserbien auf Kosten anderer Balkanvölker führen. Vor allem müsse sich Italien hüten, Russland zu einer überragenden Stellung in Europa zu verhelfen. Die Anerkennung der russischen Ansprüche auf Konstantinopel habe viel Schaden, besonders die Feindschaft Bulgariens verursacht. Der schwerste Irrtum sei aber gegenüber Polen begangen worden, das man dem Zaren wieder austiefen wollte.

Im „Vormärts“ lesen wir: Der „Socialiste Belge“ teilt mit, daß im Brüsseler Volkshaus eine Zusammenkunft deutscher und belgischer Gewerkschaftsvertreter stattgefunden hat, deren Gegenstand die bekannten Maßnahmen waren, die auch schon bei dem Aufenthalt der Genossen Scheidemann und Ebert im Haag zur Sprache gekommen waren. Als Vertreter der deutschen Generalcommission nahm Genosse Bauer, als Vertreter der belgischen Gewerkschaftskommission die Genossen Mertens und Solau an der Beratung teil, die ihren unmittelbaren Zweck, nötige Informationen zu liefern, durchaus erfüllte. Der „Socialiste Belge“ stellt mit Befriedigung fest, daß die Verhandlung auch weitere Resultate gehabt hat und fügt hinzu: „Wir wollen zu dieser Fühlungnahme keinen langen Kommentar schreiben. Wir begnügen uns, die Tatsache zu konstatieren. Die Delegierten der belgischen Gewerkschaften sind, im besetzten Gebiet, mit einem Delegierten der deutschen Gewerkschaften zusammengelommen. Sie haben begriffen, daß sie gemeinsame Interessen zu verteidigen hätten. Die deutschen Arbeiter haben die Verteidigung der belgischen Arbeiter übernommen.“

Und der „Socialiste Belge“ wirft die Frage auf, was gegenüber dieser Tatsache einer offiziellen Zusammenkunft deutscher und belgischer Arbeitervertreter die von der chauvinistischen belgischen Emigrantenpresse — und auch sonst — ausgeschrotete „Instruktion“ belage, worin eine jegliche Autorität entbehrende Veranlassung in Belgien die belgischen Delegierten zur Konferenz der Entente-Sozialisten beauftragt hat, die Zusammenkunft mit den deutschen Sozialdemokraten abzulehnen.

Ueber die Tagung des Nationalrats der französischen sozialistischen Partei sind Meldungen hinausgegangen, die mindestens recht unklar waren. So mußte man nach dem am 7. von uns gebrachten „Havas“-Bericht annehmen, daß die Tagung mit 1555 gegen 1377 Stimmen die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen beschloß. Das scheint jedoch leider nicht der Fall zu sein; vielmehr ist nach neueren Meldungen mit dem angegebenen Stimmenverhältnis die Wiederaufnahme abgelehnt worden. Das ist außerordentlich bedauerlich und zeigt, in welchem Jahressommer heute noch die Mehrheit der sozialistischen Partei liegt. Trotzdem hoffen wir, daß die Minderheit weiter erstarke und schließlich doch noch zur Mehrheit werden wird.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

213. Berlin, 7. März, abends. (Mitteil.)

Vom Westen und Osten sind keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Deutlicher und jüdischer Kriegsjahresplan. Unverändert.

Italienischer Kriegsjahresplan.

An der Tiroler Ostfront fanden in mehreren Abschnitten Ge-
schichte mit günstigem Ausgang für unsere Waffen statt.
Eine feindliche Abteilung, die gegen unsere Stellungen an
der Mündung des Majo-Baches vorging, wurde vertrieben. Zwei
Nachschubzüge der Italiener auf unsere Castello-Stellungen schrit-
terten an jähem Widerstande unserer Truppen. Ein feindlicher
Angriffsversuch gegen den Monte Stief brach schon in unserem
Speerfeuer zusammen. Die dortige Sprengung, die unserer Stel-
lung güt, hat nur die italienische beschädigt.

Der Seekrieg.

Der uneingeschränkte Tauchboottkrieg.

REK. Berlin, 7. März. Im Mittelmeer wurden verjett:
8 Dampfer und 7 Segler mit zusammen über 40000 Tonnen, dar-
unter am 19. Februar ein schwer beladener Transportdampfer von
etwa 8000 Tonnen bei Porto Anzio, am 20. Februar der norwegi-
sche Dampfer „Loravore“, 2700 Tonnen, mit Südgut von
Genoa nach London, am 22. Februar vier italienische Segler mit
Kohlen und Lebensmitteln nach Italien, am 24. Februar südlich
von Arca ein mit 15-Zentimeter-Geschütz bewaffneter, von Fisch-
dampfern gesicherter Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen
und der griechische Dampfer „Mianis“, 2910 Tonnen mit Baum-
wollsaat nach England, am 26. Februar der bewaffnete englische
Dampfer „Clan Farquhar“, 5558 Tonnen, mit Baumwolle,
Zee und Jute nach England, am 27. Februar der bewaffnete eng-
lische Dampfer „Brodmare“, 4071 Tonnen, mit gefrorenem
Fleisch nach England. Ein Kapitän und zwei Maschinisten wurden
gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wie sehr der uneingeschränkte U-Boot-Krieg auch die Ver-
ringering der neutralen Schiffahrt verursacht, geht
aus den Statistiken über den Schiffahrtsverkehr der neutralen
Häfen hervor. In der Woche vom 25. Februar bis zum 5. März
ließen laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 4. 3. in den
Rotterdamse Häfen nur 7 Schiffe gegen 57 in der gleichen
Woche des Vorjahres ein. Für 1911 war die Zahl noch 197 Schiffe.
Nach „Algemeen Handelsblad“ vom 4. 3. kamen in derselben
Woche in Amsterdam nur fünf Schiffe gegen 26 im Jahre
1916 an.

Die Entscheidung über die „Appam“.

Neuer meldet aus Washington: Der Oberste Gerichtshof der
Vereinigten Staaten hat das Urteil des Gerichtshofes des Staates
Virginia bestätigt, wonach der Dampfer „Appam“, der von einer
deutschen Priememannschaft in Hampton Road eingebracht worden
war, die amerikanischen Neutralitätsbestimmungen verletzt hat.
Dieses Urteil bestimmt nunmehr in höchster Instanz, daß die
„Appam“ in britischen Besitz bleibt.

England und Holland.

Der niederländische Heeresminister teilt mit, daß die britische
Regierung wieder einigen holländischen Schiffen gestatte, ohne
einen englischen Hafen anzulassen, über Halifax nach
Nordamerika auszuweichen.

Vergeblich gespielte englische Kanonen.

Die niederländische Regierung hat dem Sinne des Völker-
rechts gemäß, aber gerade darum im Gegensatz zu dem Verfahren
Wilsons, während des Krieges den Standpunkt behauptet, daß
bewaffnete Schiffe Kriegszwecke seien, die neutralen
Häfen nur anlaufen dürfen, um Proviant und Kohlen für kurze
Zeiten einzunehmen, die aber interniert werden müssen, wenn sie
länger als 24 Stunden bleiben. Das war den durch den „neu-
tralen“ Willen verurteilten Engländern höchst unangenehm und sie
unternehmen daher eine Probe. Der bewaffnete englische
Dampfer „Prince of Wales“ sei in einen holländischen Hafen ein-
gelassen. Die Behörden machten auf die Bestimmungen
aufmerksam, worauf „Prince of Wales“ den Hafen ver-
ließ. Sie hat dann einen anderen holländischen Hafen an, erfuhr
aber nur Widerstand und wurde wieder nach Eng-
land ab. Nun wird aus dem Haag, 7. März, gemeldet:

Der englische Handelsdampfer „Prince of Wales“, der gestern
abend, weil er beschlagnahmt war, wieder in See gehen wollte, ist heute
früh, nachdem Geschütz und Ladung über Bord ge-
worfen, noch einmal in den Rinnensee Waterweg eingefahren und
heute dort seine Reise nach Rotterdam fort.

Der Versuch, die schiffbrüchigen holländischen Ankerung
Händeln zu machen, ist ohne den Engländern nicht gelang.

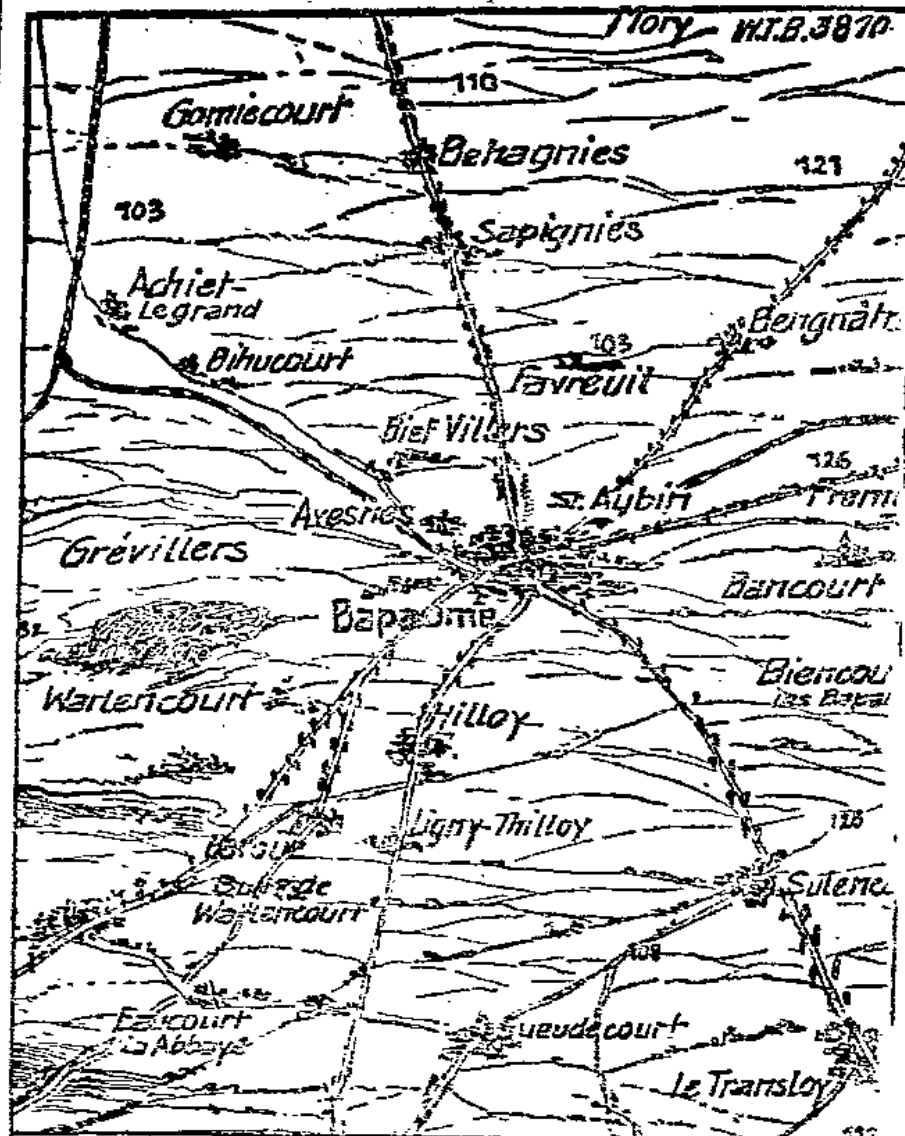
Eine weitere Meldung aus Berlin lautet: Aus Holland
kommt die Nachricht, daß dem bewaffneten englischen Dampfer
„Prince of Wales“ das Einlaufen in den Waterweg verboten
wurde. Der Dampfer soll Wasser an Kohlen und Proviant an
Bord gebracht haben, um die Geschütze zum Einlaufen
zu erhalten. In dieser Richtung wird aus folgendes mit-
geteilt: Heber die Seeschiffahrt des Handels gegenüber bewaffneten
Handelschiffen gibt das von der holländischen Regierung im Okto-
ber 1915 veröffentlichte Ordonnanz-Konzept. Hiernach verleiht
die holländische Regierung der Seeschiffahrt, daß es eine Seeschiffahrt
der Neutralität ist, die bewaffneten Handelschiffe unter
die nach Artikel 1 der niederländischen Neutralitätsbestimmung als
Kriegszwecke gleichgestellt zu werden. Als Seeschiffahrt,
die den Kriegszwecken gleichgestellt ist, ist die bewaffnete Han-
delschiffahrt, die den Kriegszwecken gleichgestellt ist, die den
Kriegszwecken gleichgestellt ist. Ausnahmen werden nur in den
in der Neutralitätsbestimmung ausdrücklich aufgeführten Fällen,
Sonder- und Sonder, gemacht. Mangel an Wasser oder an Kohlen
ausgewandene Seeschiffahrt sind davon keine Gründe. Die das Ein-
laufen in den holländischen Wasserweg verbotenen. In
solchen Fällen erlaubte Kriegs- oder bewaffnete Handels-
schiffe verleiht die Neutralität Holland und zulassen demnach die
holländische Regierung für längere Internierung von Schiff und
Mannschaft, sobald festgestellt wird, daß der Seeschiffahrt nicht
Sonder- oder Sonder unterworfen worden ist. Ein solches Schiff
wird nur dann nicht als interniert betrachtet, wenn es, wie bei
bewaffneten Seeschiffen des Völkerrechts holländischer Seeschiffahrt
benötigt unterworfen, ausschließlich in die holländischen Seeschiffahrt
gefallen ist, wenn dann liegt eine Verletzung des Arti-
kels 1, der hier und bestimmt die Pflicht des Seeschiffahrt voran-
setzt, nicht vor.

Allerlei Kriegsnachrichten.

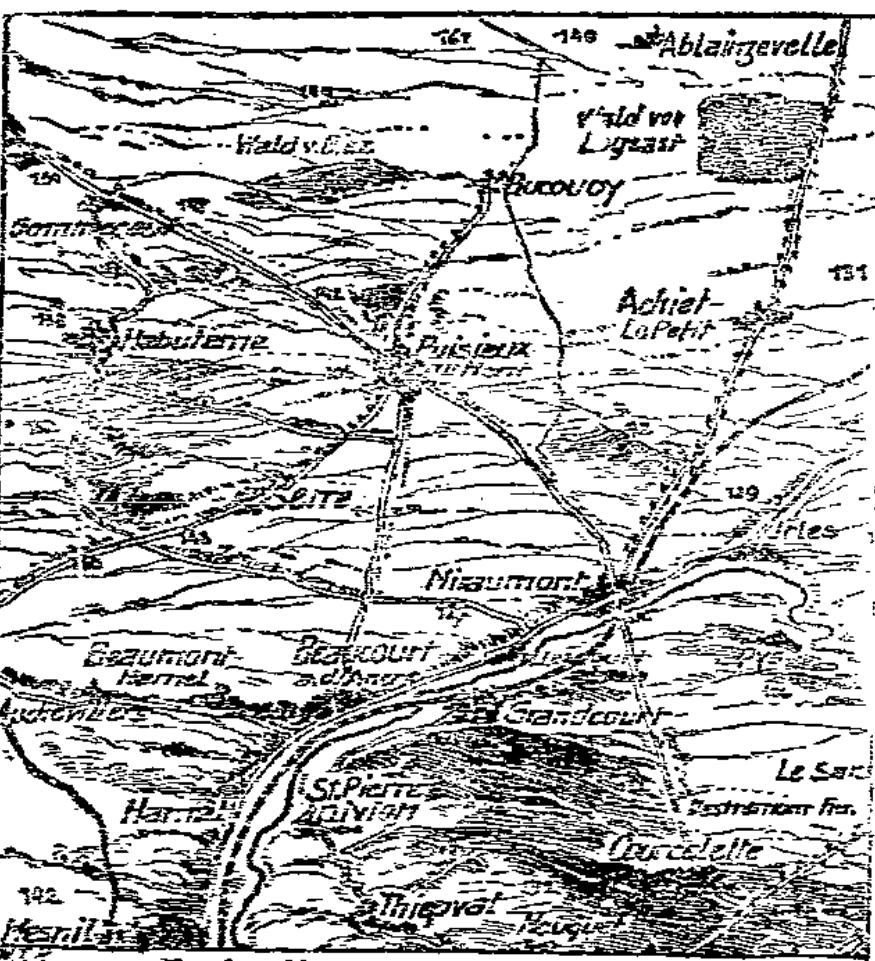
Amsterdamer.

Neuer meldet: Senator Lodge wollte im Senat vorzeitig
eine Bill über die bewaffnete Neutralität einbringen, aber der
Senat erklärte, daß der Kongress sich nicht in der Sache be-
mühen könne. Senator Lodge meldete die Bill, eine Kopie der

Die Kämpfe an der Acre.



Die Kämpfe bei Ligny-Warrencourt



Zu den Kämpfen bei Fuisieux

Unsere Kartenblätter geben eine genaue Übersicht über die
Gränderverhältnisse, in denen jetzt unsere tapferen Truppen im
Gebiete des Oberlandes der Acre dem englischen Ansturm
Widerstand leisten. Wie bekannt haben wir hier an der Ver-
teidigungslinie etwas zurückgenommen, ohne daß der Gegner
dies bemerkt hat. Das Kampfgebiet läuft jetzt südlich von
Gomicourt durch den Wald von Biez an Puisseux und Isles
vorüber, am Nordufer der Acre entlang, die sich in einem
nach Norden offenen Bogen vor Bapanne hinzieht. Das
ganze Gelände ist ein Hügelland mit Erhebungen, die zu 100
Metern ansteigen, also kein durchweg flaches Gelände bilden.
Schluchten und Einschnitte geben dem Gelände gewisse natür-
liche Befestigungen und geben dadurch ebenso gut Möglichkeit
zur Verteidigung wie zum Angriff.

Selbstbestimmung des Senats vorzuschlagen. Präsident Wilson
bestätigte juristische Schritte, ob er die Machtvollkommenheit besitze,
handelsrechtliche Bestimmungen zu lassen. Danach suchte er die Minister
Lodge und Daniels auf.

Der „New York World“ meldet aus Washington: Es ver-
lautet allgemein, daß der Bundesanwalt Gregory den Präsidenten
Wilson davon verständigen wird, daß er des Rechts hat, Handels-
schiffe zu beschlagnahmen.

Der Pariser Korrespondent des „Politiken“ berichtet: Aus
Washington wird mitgeteilt, daß bei der Ernennung des im Ent-
schluß befindlichen Kriegsministeres die politische Parteistellung ohne
Bedeutung sein wird. Das Komitee wird aus dem Präsidenten Wilson,
den Mitgliedern des Kabinetts und 200 Vertretern des Ver-
einigten Senats, der Senatoren u. a. m. bestehen. Bestehende des
Komitees werden der Präsident der Faktoren- und Ohio-Bahnen,
Daniel Willard, und der Gewerkschaftsführer Compers sein. Der
letzte wird die Transportverhältnisse, und Compers die Arbeits-
verhältnisse des Komitees leiten.

Nach einer kanonischen Hanas-Meldung soll in einem Hofkammer-
hotel ein Deutscher namens Kolb verhaftet worden sein, der ein-
gepackt habe, daß die in seinem Zimmer verpackten 1000
Pfund zu einem Aufstand gegen den Präsidenten bestimmt waren.
Aus seinem Gefängnis geht weiter hervor, daß er an der 3-
jährigen von Konfessionswerkstätten teilgenommen habe. Auf keine
Denunziation seien zwei Männer verhaftet worden, deren Namen
bekannt zu geben die Polizei sich weigert. Es handelt sich um eine
unternormige Verurteilung zur Verurteilung der Petroleum-
werke in Tampico und der Arbeiterverhältnisse in den Vereinigten
Staaten.

Verurteilte Seiten.

Gegenüber der Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“
vom 29. Januar, die von der Seite erhalten haben will,
daß in den letzten neun Monaten 2000 Seiten, gleich zwei
Dreizehntel der letzten Dezember, wegen Hochverrats hin-
gerichtet wurden, heißt die „Nord. Allg. Ztg.“, daß in
Deutschland in den letzten neun Monaten 2000 Seiten wegen
Hochverrats zum Tode verurteilt werden müßten, von denen

schon zwanzig hingerichtet sind. Die von der „Neuen Zürcher
Zeitung“ als Quelle genannte „Mitauer Zeitung“ brachte nie-
mals eine derartige Mitteilung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause ergriff am Mittwoch, unmittel-
bar nachdem der Abg. v. Kardorff (Freif.) gesprochen und
eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche
Produkte gefordert hatte, der Landwirtschafts-
minister Hr. v. Schorlemer das Wort zu einer wohl-
vorbereiteten längeren Rede, in der er sich gegen die in den
letzten Wochen und Monaten in der Presse und in den Par-
lamenten gegen ihn und sein Ressort gerichteten Vorwürfe
zu verteidigen suchte. In Wirklichkeit war seine Rede weni-
ger eine Verteidigung, als ein Angriff, nicht nur gegen Pres-
sorgane, sondern auch gegen maßgebende Instanzen der Reichs-
regierung. Bitter beklagte er es, daß der Einfluß des
preussischen Landwirtschaftsministers durch die verschiedenen
Kriegsorganisationen so sehr abgeschwächt werde, daß
es ihm unmöglich gemacht sei, sich noch den nötigen Überblick
zu verschaffen. Die Behauptung, daß er Maßnahmen von
Reichsressorts unmöglich mache, bezeichnete er als alberne
Märchen. Ueber die Angriffe unseres Genossen Scheidemann
im Reichstage setzte er sich mit der Bemerkung hinweg, daß
glücklicherweise der Reichstag noch nicht in der Lage
sei, preussische Minister zu berufen oder ab-
zusetzen. Dann wandte er sich zu der Eingabe der
deutschen Gewerkschaften an den Reichsminister
und an das Kriegsernährungsamt, von der er behauptete,
daß er nur durch den „Vorwärts“ Kenntnis davon erlangt
habe. Die Eingabe selbst nannte er ein Machwerk. (Un-
erhört! Red.) Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß
auch die christlichen Gewerkschaften ihre Unterschrift darunter
gesetzt hätten. Aber nicht nur die Gewerkschaften, sondern
auch die besten Professoren haben es ihm angetan, vor
allen Dingen der bekannte Professor Dr. Elsbacher, der be-
hauptet hatte, daß Herr v. Schorlemer sich zu sehr von Ressort-
patriotismus leiten ließe. Der Minister erwiderte, er be-
greife nicht, daß ein Mann, der an der Spitze der Handels-
hochschule gestanden habe, sich nicht entblöde, ihn in der Weise
anzugreifen. Er warf ihm vor, daß er die Stirn besitze, solche
Behauptungen aufzustellen. Kein Wunder, daß diese in
ihrem äußeren Aufbau äußerst geschickte, in ihrem Inhalt
aber äußerst provozierende und verletzende Rede demonstra-
tiven Beifall auf der rechten Seite des Hauses auslöste. Da-
gegen hüllte sich die Rechte des Hauses in eisernes Schweigen
bei den Ausführungen des neuernannten Staatskommissars
für Ernährung, Unterstaatssekretär Dr. Michaelis, der
nachdrücklich erklärte, daß tatsächlich die Situation auf
dem Ernährungsmarkt ernst sei, daß er aber den
seitens Willen habe, mit entschlossener Hand durchzugreifen
und weder vor Gemeindevorkommnissen, die
ihre Pflicht nicht erfüllen, noch vor Landwirten zu-
rückweichen werde. Er werde sich von niemandem
beirren lassen; er übernehme kein Amt, das ein
Schwert ohne Schwärze sei. — Hoffentlich wird es dem
Kommissar gelingen, sein Programm in die Tat umzusetzen.

Nach diesen beiden Reden vom Regierungstisch ging das
Interesse an der weiteren Debatte, in der zunächst Abg.
Hoyer die agrarischen Forderungen zurückwies, während
Abg. v. D. S. (A.) für die Wünsche der Agrarier eintrat,
stetlich verloren.

Wänderung des Militärstrafgesetzbuchs?

Der Bundesrat hat zu dem Vorschlag des Reichstages, bald-
möglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die
Militärstrafgesetzbücher herabgesetzt werden,
Stellung genommen und sich dahin geäußert: Trotz erheb-
licher Bedenken gegen eine Wänderung der auf den Erfah-
rungen des Krieges 1870/71 aufgebauten Kriegsgerichts des
Militärstrafgesetzbuches während der Dauer des jetzigen
Kriegszustandes ist die Militärverwaltung bereit, in eine
Prüfung einzutreten, ob und inwieweit eine alsbaldige
Wänderung der Strafandrohungen der Kriegsgerichts angebracht
ist. Zur Schaffung einer schärferen Unterlage bedarf es dazu
vor allem einer Befragung der Armee und der Marine über
die mit der Handhabung der Kriegsgerichts gemachten Erfah-
rungen. Das in dieser Hinsicht Erforderliche ist veranlaßt.

Diese Auskunft ist derzeit gewonnen und stellt so viele
Voraussetzungen auf, daß wohl kaum anzunehmen ist, daß
noch während des Krieges die so dringend notwendige Her-
absetzung der Militärstrafen eintreten wird. Gerade darauf
aber kam es dem Reichstag bei seinem Beschluß an. Wenn
die Reform bis nach dem Kriege verschoben wird, dann hat
sie eigentlich ihren Zweck verfehlt.

Das zweite Pfüggeld für Mannschaften abgelehnt.

Unter den sozialdemokratischen Anträgen, die bei der
Beratung der Militärfragen im Reichstag angenommen wor-
den sind, befand sich auch der, solchen Mannschaften das Pfüggeld
zum zweiten Male zu gewähren, die seit dem 1. Oktober
1915 eingezogen sind und noch unter den Fahnen stehen. Die
Regierung hat es abgelehnt, diesem einstimmig gefaßten
Beschlusse des Reichstages Folge zu geben, mit der Begründung,
daß die Notwendigkeit eines zweiten Pfüggeldes nicht aner-
kannt werden könne. Der Reichstag wird sich mit diesem Ent-
scheid zweifellos nicht zufrieden geben. Die Mannschaften
haben, soweit sie während ihrer aktiven Dienstzeit das Pfüggeld
noch nicht erhalten haben, es bekommen, als sie bei
Kriegsausbruch oder später wieder zum Dienst eingezogen
wurden. Darüber sind nun zwei Jahre und mehr vergangen,
trotzdem es völlig berechtigt war, zu verlangen, daß das Pfüggeld,
das für einen Zeitraum von 2 Jahren berechnet ist,
nunmehr nochmals gewährt wird. Dieses Verlangen war
unumkehrbar berechtigt, als man den Offizieren das teilweise
sehr hohe Mobilisierungsgeld schon im zweiten Halbjahre
des Krieges noch einmal gezahlt hat. — Auch die anderen An-
träge, die im Interesse der Soldaten gestellt und angenommen
worden sind, haben zum größten Teil bei der Regierung
keine Gegenliebe gefunden, oder aber die getroffenen Ent-

Abendungen sind so nebensächlicher Art, daß damit keinem Menschen gedient ist und insbesondere die Schwierigkeiten nicht beseitigt werden, die zu beseitigen Zweck der Anträge gewesen ist.

Keine Kriegsbriefmarken.

Auf einen Beschluß des Reichstages, den Reichslanzler zu ersuchen, die Herstellung von Kriegsbriefmarken anzuordnen, hat der Reichslanzler nunmehr geantwortet, daß die Herstellung solcher Marken nicht beabsichtigt wird, weil das mit dem Posthalterdienst beschäftigte Personal bereits überlastet ist, daß ihm der Verkauf weiterer Markenforten nicht zugemutet werden kann. Ueberdies ist in Oesterreich, wo die Postverwaltung solche Kriegsbriefmarken ausgegeben hat, nur ein derartig bescheidener finanzieller Erfolg erzielt worden, daß der Verkauf dieser Marken wieder eingestellt worden ist.

„Ketter“ des Vaterlandes.

Die meisten der Teilnehmer an der Abson-Konferenz sind nach der Versicherung der „Täglichen Rundschau“ zu der Veranstaltung nur hingegangen, um die ihnen schädlich erscheinende politische Aktion zu verhindern. Professor Duisberg in Leverkusen stellt dies in einer Fußschrift an die Presse für seine Person noch besonders fest. Ganz zutreffend bemerkt das „Berliner Tageblatt“ dazu: „Diese Methode würde, wenn sie allgemein auf das politische Leben angewendet werden würde, zu den schlimmsten Konsequenzen führen. Es ließe sich zum Beispiel denken, daß zahlreiche konservative ins sozialdemokratische Lager übertrügen, um durch eine Opposition Beschlässe im sozialdemokratischen Sinne zu vereiteln.“

Zusatzrenten nach dem Arbeitseinkommen.

Gleich nach Beginn des Krieges ist in der Haushaltskommission des Reichstages die Frage einer Reform der Pensionsbezüge für die Militär-Hinterbliebenen angeschnitten worden. Mittlerweile sind eine Menge Petitionen beim Reichstag eingelaufen, in denen Kriegserwitwen für sich und die Waisen eine Erhöhung der völlig unzureichenden Pensionssätze verlangen. Eine dieser Petitionen ist dem Reichslanzler zur Erwägung übermitten worden. Darauf wird nunmehr geantwortet, daß eine Erhöhung des Artergütlichwens- und Waisengeldes beabsichtigt sei. Eine solche Erhöhung werde auch angestrebt durch eine bereits in Bearbeitung befindliche Gesetz über die Gewährung von Zusatzrenten, die sich nach dem Arbeitseinkommen des gefallenem richten.

Abwälzung der Kohlensteuer.

Die organisierten Hausbesitzer haben an den Senat eine Eingabe gerichtet, in der sie verlangen, daß durch das Gesetz bestimmt werden soll, daß die Kohlensteuer in solchen Häusern, in denen die Lieferung von Zentralheizung und Warmwassererwärmung in den Mietpreis einbezogen ist, reiflos auf die Mieter zu übertragen ist. Die Hausbesitzer begründen ihr Verlangen, das sie im Interesse des eigenen Geldbeutels stellen, sonderbarerweise damit, daß die ärmeren Leute nicht benachteiligt und die leistungsfähigen Mieter nicht bevorzugt werden dürfen; denn in den Häusern, in denen die ärmere Bevölkerung wohnt, befindet sich in der Regel weder Zentralheizung noch Warmwassererwärmung. Die in einzelnen Ortschaften zugelassenen Hausbesitzer geben überhaupt fortgesetzt lautierte Beschlüsse von Opfermilität, nur daß sie diese Opfer auf Kosten ihrer Mieter bringen wollen. So haben sie jüngst in Berlin dem Oberkommando in den Marken anboten, im Interesse des Vaterlandes die von den Mietern bezahlte Warmwassererwärmung einzustellen und die Zentralheizung einzuschränken, für welche Vorstände sie außerdem beim Oberkommando kein Verständnis fanden, vielmehr dort die für sie sicher mehr erfreuliche Zusicherung erhalten haben, daß das Oberkommando dafür sorgen werde, daß ihnen dienendes Material zugeführt wird. Es steht zu hoffen, daß der Reichstag dringende Wünsche die von dieser Seite kommen, keine Beachtung schenken wird.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 8. März.

Von der Trauer.

Wenn wir zurückdenken an die Zeit vor dem Kriege, wo wir einen lieben Anverwandten auf dem letzten Weg zum Friedhof begleitet und unseren Schmerz freien Lauf lassen, wo wir uns vor dem Tod als etwas Unfassbarem, entsetzlichen und schrecklichen und verweilend einen Halt suchten — wenn wir daran zurückdenken, so ist es uns, als wären wir alle damals Kinder gewesen und erst die zweieinhalb Jahre Reife hätten uns zu Erwachsenen gemacht. Nun haben wir den Tod kennen gelernt, so gut, daß wir ihm täglich in die erlöschenden Augen blicken können, ohne zusammenzubrechen. Zu Anbeginn des Krieges war freilich der läche, allgemeine Ausbruch der Trauer das Erschütternde. Wir waren ja noch nicht gefest dagegen, wie wir es heute sind, gefest durch die immer wiederkehrende Hoffnung und Zuversicht, durch Enttäuschungen und Beschwerden und nicht zuletzt durch den mühsam gezeigten Willen, alles zu überwinden. Aber allzu rasch wuchs die Zahl der Toten ins Unermeßliche, ebenso wie die Klagen der Verlassenen. Das konnte nicht so fortgehen; der einen Not wenigstens galt es zu heuern, wenn der andere gegenüber alles verlagte: denn würde alle menschliche Trauer zur Schau getragen, jede Träne geweint und alles Weh, das dieser Krieg erzeugt, aus unseren Sinnen genommen, um den Himmel damit anzuklagen — die Sonne müßte sich verdunkeln und die Erde müßte zum Schattental werden. So hat die Energie des Menschen zur rechten Zeit gestiegen. Wir haben auf die überlebende Seele die schwerste Last geworfen: den größten Schmerz zu bewahren.

Und wir, die in friedlichen Tagen an der Bahre des Alters oder am Bett eines hohen Kranken laut geschluchzt haben — wir haben zu einem guten Teil gelernt, unbemerkt zu trauern um ein blühendes Leben, das im fremden Lande verscharrt, oft sogar unverdacht auf der Erde verweilt ist. Wir haben gelernt, die mit zerbrochenen Gliedern vom Feld zurückkehrenden, hundertweise in den Straßen zu begraben, ohne mit der Wimper zu zucken, obwohl es uns heiß in die Augen stieg. Und so soll es sein. Alle verhaltene Trauer wird sich entsalten zu einem tiefen, wachsenden Erbarmen, zum Heile der ganzen Menschheit. Wie viele arme, von Sorgen zerquälte Kriegserwitwen, wie viele Mütter wissen nicht einmal von ihrer stillen Größe, die sie dem Leben abgerungen. Sie haften ewig im Alltag dahin, unbeachtet ihres Helde-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 8. März. (Amtlich.)
Weltlicher Kriegsausflug.

Nur in der Champagne heftiges Artilleriefeuer. Die übrigen Fronten blieben bei unglücklichem Wetter und Schneestößen im allgemeinen ruhig.

Bei Gefundungsarbeiten zwischen Somme und Boisse wurden 17 Engländer und Franzosen sowie mehrere Maschinen-gewehre eingebracht.

Weltlicher Kriegsausflug.

Keine Geschäftshandlung von Bedeutung.
Zwischen Wilka und Molebelschna kam durch Bombenwurf ein russischer Eisenbahnzug zur Entgleisung.

Mazedonische Front.

Nördlich des Doiran-Sees Vorpustengeplänkel.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

tums. Und es liegt viel Trost und Glauben in dem Gedanken, auf solchem Boden weiterzubauen.

In der Trauer liegt unsere Stärke wie unsere Schwäche. Wir können daran zugrunde gehen oder erst recht zu einem guten, abgestärkten Leben gelunden. Die Augen, die wir so notwendig haben, dürfen nicht zu lange verfinstert sein, sonst sehen wir die Welt immer im jählen Lichte. Und es gibt immer noch genug im Umkreis, das das Sehen mit hellen Augen wert ist, daran wir auf neue neue Genesen können. Wir haben keine Zeit, gerade ein Jahr lang im schwarzen Kleide zu trauern, die Trauer um unsere Toten ist immer am besten im Herzen aufgehoben. Wären heute nicht sehr viele Menschen von dieser Erkenntnis überzeugt, würde es traurig und dunkel um uns sein, noch weit mehr, als es ohnehin ist; und wir müßten daran erkranken, weit mehr, als wir ohnehin sind. Dem Lebendigen gehört nun einmal das Leben!

Der Bürgerausschuß verabschiedete in seiner heutigen Sitzung den Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1917, sowie den Voranschlag der öffentlichen Wohlfahrtsanstalten für das Rechnungsjahr 1917. Mitgenemigt wurde der Senatsantrag betr. Leistung eines Beitrages in Höhe von 2000 Mk. an die Herzog Johann Albrecht-Spende für die Kolonien. Ein Senatsantrag, der die Vertretung der Senatsmitglieder in den Behörden durch Senatssekretäre zum Gegenstand hat, wurde an eine Kommission verwiesen. Die Eingabe des Gewerkschafts-Kartells Lübeck zur Senatsvorlage, betreffend Errichtung eines staatlichen Arbeitsnachweises zing an die Kommission zur Prüfung des Senatsantrages über den Arbeitsnachweis. Die Eingabe des Gewerkschafts-Kartells Lübeck, betreffend die Lebensmittelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung in Lübeck verwies der Bürgerausschuß an eine besondere Kommission.

Wünsche der Post an das Publikum. Zur Minderung der jetzigen Schwierigkeiten im Paketdienst und der Paketverluste können die Absender viel beitragen, wenn sie sich angelegen sein lassen, die Pakete gut zu verpacken. Oft werden schwere und umfangreiche Sendungen, die eine Verpackung in Kisten, Körben oder Säcken erfordern, in „Schiffen“ aus dünner Wappe oder gar nur in Papier eingewickelt zur Post eingeliefert, oder der zum Umschütten benötigte Bindfaden ist nicht haltbar. Solche Mängel erschweren nicht allein den Postbetrieb, sondern schädigen auch Absender und Empfänger, denn schlecht verpackte Pakete sind dem während der Beförderung unvermeidlichen Druck und Stoß nicht gewachsen und erleiden häufig Beschädigungen. Im eigenen Nutzen des Publikums liegt es, die Verpackung der Pakete entsprechend der Beförderung zu wählen, dem Umfange der Sendung und der Beschaffenheit des Inhalts haltbar und sicher zu machen. Ebenso wichtig ist es, daß die Absender die Pakete mit einer deutlichen, vollständigen und haltbaren Aufschrift versehen. Auch hiergegen wird nur zu oft gefehlt. Die Aufschrift haftet nicht genügend auf dem Verpackungstoff, fällt insbesondere bei Sendungen in Beinen, Wäsche, Delapier, bei Körben, Koffern usw. unterwegs ab, und die Pakete lassen sich nicht unterbringen und sind für Absender und Empfänger verloren. Die Anbringung einer genauen Aufschrift im Innern des Pakets erhöht die Sicherheit der Beförderung wesentlich und sollte nicht veräußert werden. In den Aufschriften wird ferner vielfach ungenügender Stoff verwendet; Deutlichkeit und Vollständigkeit der Aufschrift lassen zu wünschen, namentlich tritt die Angabe des Bestimmungsortes oft nicht genügend hervor, dieser sollte stets mit großen deutlichen Buchstaben, bei wenig bekannten Orten unter Hinzufügung einer die Lage betreffenden Bezeichnung (Meesenburg, Rheinfeld, Oberhiesleben usw.), niedergeschrieben und unterstrichen werden.

Gerne mache man sich zur Pflicht, bei Postsendungen jeder Art, die nach Städten gerichtet sind, die Straße, Hausnummer, Gebäudeteil und Stadtwort, für Berlin außerdem den Postbezirk und die Postpostnummer (C 2, S 14, W 40) anzugeben. Auch sollte kein Stadtbewohner und keine Geschäftsfirma versäumen, in den abgehenden Poststücken die Ortsbezeichnung mit entsprechenden Zeichen zu versehen. Die jetzt nach tausenden zählenden Briefe, selbst solche nach großen Städten, auf denen nur der Name des Empfängers und der Bestimmungsort angegeben sind, bilden eine schwere Last für den Postbetrieb. Die Absender mögen sich gegenwärtig halten, daß das Verteilen der Briefe jetzt nicht in den Händen weniger geübter Hilfskräfte liegt, und der Postdienst in der Hauptsache von Aussehern und Aussehlerinnen wahrgenommen wird, denen meist keine ausreichende Orts- und Personenkennntnis beizumessen. Deshalb begehrt jedermann die Mahnung: Richtigkeit, Deutlichkeit, Vollständigkeit und Haltbarkeit der Aufschrift sind unerläßliche Vorbedingungen für die ordnungsmäßige Beförderung und Bestellung der Postsendungen.

Weizenbrot darf vom Sonntag, den 11. März ab, nur noch an Kräfte verabfolgt werden, und zwar auf Grund besonders reifmühter Prokuren, die vom Polizeiamt auf dringlichen Antrag ausgestellt werden können. Das Nähere ist aus dem Anzeigenteil ersichtlich.

Schneefall ist nunmehr wieder eingetreten, nachdem fünf Tage und noch mehr fünf Nächte lang bittere Kälte geherrscht hatte, die ein schneidendes Wind aus östlicher oder südöstlicher Richtung nach empfindlicher und unangenehmer wirken ließ. Mit dem jetzigen Schnee ist die Temperatur etwas milder geworden und es ist deshalb wohl zu hoffen, daß bald Laumetter die weichen Erdkrümel in ihre wässrigeren Peit-nrdteile auflösen wird. Es wird hohe Zeit, daß der Winter sich verabschiedet!

Handelsregister. Am 7. März 1917 ist in das Handelsregister eingetragen die Firma Einkauf Travemünde-Gasthausbetriebe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck-Travemünde. Gegenstand des Unternehmens: Der gemeinsame Einkauf von Lebensmitteln und Verbrauchsgüterartikeln. Stammkapital: 25000 Mk. Geschäftsführer: L. Johann Franz, Friedrich genannt Fritz Bügmann, 2. Carl August Heinrich Friedrich Bügmann, 3. Joseph Goldschmidt. sämtlich Gasthausbesitzer in Lübeck-Travemünde. Gesellschaft mit beschränk-

ter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. Februar 1917 festgestellt. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam vertreten. Die Bekanntmachungen erfolgen in den „Lübeckischen Anzeigen“.

Kohlenmangel und Mietverhältnisse. Vom Mietvertragsamt wird uns geschrieben: In den bisherigen ersten Kriegswintern ist die Versorgung der Städte mit Heizmaterial ohne Schwierigkeiten von Statten gegangen. Jetzt während des dritten Kriegswinters dagegen hat es sich ergeben, daß vielfach die Anlieferung von Kohlen infolge anderweitiger Beschäftigung des Eisenbahnwagenmaterials zu unmittelbaren Kriegszwecken ins Stocken geraten ist. Daher ist es den Vermietern trotz bestem Willen, wie anderswo so auch in Lübeck, manchmal unmöglich gewesen, in dem mit Zentralheizung oder Warmwassererwärmung versehenen Häusern diese Einrichtungen stets ordnungsgemäß in Tätigkeit zu setzen. Gerade aus dieser Zeit ist in ganz Deutschland herrschender Schwierigkeit Kohlenversorgung heraus ist die Bundesratsverordnung vom 24. Februar 1917 geboren, die dem Staat eine Handhabe bieten soll, die Kohlenverteilung besser zu regeln und namentlich die Unternehmer der Kriegswirtschaft mit ausreichendem Heizstoff zu versorgen, damit nicht etwa diese so wichtigen Betriebe auch unter Kohlenmangel zu leiden haben.

Durch die erwähnte Bundesratsverordnung ist der Reichslanzler ermächtigt, durch eine von ihm zu errichtende Stelle die im Deutschen Reich vorhandenen Erzeugnisse der Stein- und Braunkohlenwerke für die Versorgung des Inlandes und für die Ausführung in Anspruch zu nehmen, insbesondere die Erzeuger und Besitzer von Brennstoffen anzuweisen, ihre Vorräte an bestimmte Personen abzugeben und die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Dazu wird der zu errichtenden dem Kriegswirtschaftlichen Kohlenverteilung und zur Ueberweisung der Kohlen an bestimmte Empfänger verfahren.

Diese neue Bundesratsverordnung, die geeignet ist, in Verbindung mit der schon seit einiger Zeit bestehenden Schwierigkeit einer ausreichenden Kohlenbeschaffung auch in die gegenseitigen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter einzugreifen, gibt dem Einigungsamt der Kriegshilfe, Parade 1, Veranlassung, die wesentlichen Punkte, die durch diese neue Beschläge im Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter betroffen werden, kurz zu beleuchten. Nicht betroffen werden von den erwähnten Schwierigkeiten die Mietverhältnisse über Wohnungen, die lediglich Ofenheizung besitzen, da bei Vermietung solcher Wohnungen lediglich Gegenstand des Mietvertrages die Ueberlassung gebrauchsfähiger Ofen und Instandhaltung derselben durch den Vermieter ist.

Anders dagegen ist es bei den Wohnungen, in denen sich Zentralheizung und Warmwassererwärmung befindet und bei den abvermieteten Zimmern mit Ofenheizung, bei denen der Vermieter es übernommen hat, die Heizung des abvermieteten Zimmers zu betreiben. Indem der Vermieter Zentralheizung oder Warmwassererwärmung einrichtet oder der Mieter es übernimmt, dem Vermieter das abvermietete Zimmer zu heizen, sei es daß diese Nebenleistungen zugleich durch eine Mietzinsgesamtsumme abgezogen werden, sei es daß für diese Nebenleistungen die Zahlung eines besonderen Betrages vereinbart wird — so tut der Vermieter auf alle Fälle kund, daß er diese Nebenleistungen als Vermieterleistungen gewährt, und daß deshalb auch diese Leistungen Gegenstände des Mietvertrages sind, auf die die Bestimmungen des Mietrechtes Anwendung finden. Demnach gehört zu dem aus dem Mietverhältnis sich ergebenden Vermieterpflichten der Gewährung des vertragsmäßigen Gebrauches der Mietsache während der ganzen Mietzeit in vollem Umfange als vertragsmäßige Pflicht auch die ordnungsmäßige Heizung der Mietwohnung während der kalten Jahreszeit und gegebenenfalls auch die ordnungsmäßige Warmwassererwärmung. Erfolgt während der kalten Jahreszeit keine oder nur eine ungenügende Heizung der Mietwohnung, die dann vorliegt, wenn die Mietwohnung am Tage oder in der Nacht nicht genügend oder überhaupt nicht durch die Zentralheizung erwärmt ist, oder liefert die Warmwassererwärmung nicht tags und nachts über warmes Wasser, so ist der Mieter in dem vertragsmäßigen Gebrauch der Mieträume in erheblichem Maße beeinträchtigt, da für ihn die Tauglichkeit der gemieteten Wohnung zu dem vertragsmäßigen Gebrauch — in der Regel Benutzung als Wohn- oder Arbeitsraum — meist aufgehoben, sicher aber gemindert ist.

Das Gesetz gibt dem Mieter in den §§ 557 ff. BGB. Rechte gegen den Vermieter, falls die Mietsache mit einem Fehler behaftet ist, der ihre Tauglichkeit zum vertragsmäßigen Gebrauch anhebt oder vermindert, und läßt es unerörtert, ob der Vermieter das Vorhandensein dieses Fehlers verschuldet hat oder nicht. Gleichgültig ist also, warum der Vermieter nicht oder nicht genügend durch die Zentralheizung heizt oder durch die Warmwassererwärmung nicht warmes Wasser liefert. Mag er aus falsch angewandter Sparmittel kein Brennmaterial anschaffen, obwohl es im Handel zu haben ist, mag er wegen Störung der Zufuhr infolge Transportbehinderungen keine Kohlen herankommen oder mag ihm schließlich durch Eingriff der Staatsgewalt sein mühsam beschafftes Feuerungsmaterial auf Grund der neuen Bundesratsverordnung beschlagnahmt sein, immer stehen dem Mieter gegen den Vermieter die Rechte aus §§ 557 ff. BGB. zu, wenn er die Zentralheizung oder Warmwassererwärmung nur mangelhaft oder überhaupt nicht zu den Zeiten in Gang setzen kann, zu welcher der Vermieter zu ihrer ordnungsmäßigen Instandhaltung verpflichtet ist. Deshalb ist der Mieter in solchen Fällen, gleichgültig wodurch der Fehler verursacht ist, der dem vertragsmäßigen Gebrauch der Mietsache dem Mieter beharrlich oder aufseht, berechtigt, zu seinen Gunsten die §§ 557 ff. BGB. gegen den Vermieter anzuwenden, das heißt, der Mieter braucht dem Vermieter für die Zeit, während der die Tauglichkeit zu vertragsmäßigem Gebrauch gemindert ist, nur einen entsprechend verminderten Mietzins und für die Zeit, während der die Tauglichkeit zu vertragsmäßigem Gebrauch aufgehoben ist, überhaupt keinen Mietzins zu zahlen. Der Mieter kann auch wahrweise statt des Restes auf teilweise oder völlige Bezahlung vom Mietzins einen Schadensersatzanspruch wegen nicht ordentlicher Erfüllung geltend machen, nachdem er den Vermieter unter Fristsetzung zur Beseitigung des Mangels aufgefordert hat und dieser aus irgend einem Grunde diese Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht genügt hat oder nicht hat genügen können. Ferner hat der Mieter neben dem Anspruch auf teilweise oder völlige Mietzinsbefreiung oder auf Schadensersatz auch ein außerordentliches Kündigungsrecht, das an Innehaltung einer Kündigungsfrist nicht gebunden ist und lediglich zur Voraussetzung hat, daß der Mieter dem Vermieter unter Fristsetzung zur Beseitigung des Fehlers aufgefordert hat und der Vermieter dieser Aufforderung nicht innerhalb der gesetzten Frist nachgegeben ist.

Zugunsten des Vermieters bestimmt zwar § 545 Abs. 2 BGB. daß der Mieter alle diese ihm zustehenden Rechte nicht geltend machen darf, wenn er es verabsäumt hat, dem Vermieter den Fehler anzuzeigen, und wenn infolge der Unterlassung dieser Anzeige der Vermieter außerstande ist, Abhilfe zu schaffen. Aber diese sonst zugunsten und zum Schutz des Vermieters überaus wertvolle Bestimmung verliert hier völlig. Denn da der Vermieter ja in der Regel unverschuldet infolge Verzögerung der Transportmittel bei Heranschaffung des Brennmaterials oder Eingriff der Staatsgewalt in die Kohlenverteilung außerstande ist, ordnungsmäßig die Zentralheizung oder die Warmwassererwärmung in Gang zu halten, so würde er auch, wenn ihm der Mieter angezeigt hätte, die Zentralheizung oder die Warmwassererwärmung arbeiten nicht aufheben sein Abhilfe zu schaffen. Alles in allem ist also die rechtliche Lage der Vermieter gegenüber den Mietern durch die Schwierigkeit der Kohlenbeschaffung und durch die neue Bundesratsverordnung vom 24. Februar 1917 über die Kohlenverteilung erheblich erschwert, da die einschlägigen Gesetzesbestimmungen (§§ 557 ff. BGB.) ganz offensichtlich zum Schutze des Mieters recht weit gehen. Wie so oft, würde auch hier das höchste Recht das höchste Unrecht bedeuten. Deshalb mögen die Mieter daran erinnert sein, daß sie auf die jetzigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen und es ruhig hinnehmen, wenn nämlich die Warmwassererwärmung oder -erwärmung mangelhaft oder überhaupt nicht infolge Kohlenmangels arbeitet, indem sie daran dem

Hauptauschuß des Reichstages.

Am Dienstag begann der Ausschuß mit der Beratung des Haushaltsplanes für das Reichsamt des Innern. Darin wird u. a. das Gehalt in Höhe von 20 000 Mark für einen zweiten Unterstaatssekretär gefordert. In der Begründung wird hierzu ausgeführt, daß die Geschäfte im Reichsamt des Innern an Umfang zugenommen haben und infolgedessen die Arbeitskraft eines Unterstaatssekretärs, der bisher vorhanden war, nicht mehr ausreicht. Aus diesem Grunde sollte das Amt geteilt werden in zwei Gruppen, von denen jede einen Unterstaatssekretär erhalten soll.

Staatssekretär Dr. Helfferich schilderte eingehend, daß der Krieg die Arbeiten des Reichsamts des Innern ganz erheblich vermehrt haben. Die neuen Aufgaben erstrecken sich einmal auf die Kriegswirtschaft, dann aber auch die Ubergangswirtschaft. Allerdings seien bedeutende Zweige der Tätigkeit des Reichsamts des Innern abgegrenzt und in besonderen Kriegsämtern ausgebaut worden. Trotzdem sei die Zunahme der Arbeiten im Reichsamt so stark, daß der Staatssekretär unter allen Umständen entlastet werden müsse. Redner gab dann eine genaue Darstellung aller derjenigen Fragen, die im Reichsamt des Innern bearbeitet werden müssen, und zeigte, in welcher Weise die Arbeiten verteilt seien. Es werde jetzt beabsichtigt, zwei Gruppen zu bilden. In der ersten Gruppe sollen alle Fragen vereinigt werden, die sich auf das Wirtschaftsleben, mit Ausnahme der Sozialpolitik, beziehen. Zur zweiten Gruppe sollen die Fragen der Sozialpolitik und die sonstigen Aufgaben des Reichsamts des Innern gehören. Nötig aber sei es, daß im Reichsamt alle diese Organisationen eine einheitliche Spitze erhalten, damit Reibungen zwischen den Vertretern der einzelnen Fragen vermieden werden und man die bedeutungsvollen Aufgaben im Interesse der Gesamtheit lösen kann. Aus diesem Grunde habe man davon Abstand genommen, das Reichsamt des Innern in verschiedene Reichsämter zu teilen; die beiden Gruppen sollen vielmehr dem Staatssekretär des Innern unterstellt sein. Schon jetzt sei ein zweiter Unterstaatssekretär tätig, nämlich Hr. v. Stein, der die wirtschaftlichen Angelegenheiten behandle, während Unterstaatssekretär Dr. Ritter den anderen Fragen zugebilligt worden sei. Hr. v. Stein sei aber Unterstaatssekretär für Essig-Lothringen und nur gleichzeitig dem Reichsamt des Innern geteilt. Das müsse geändert werden, und aus diesem Grunde bitte er, daß die Kommission die Stelle eines zweiten Unterstaatssekretärs genehmige.

Abg. Dr. Stresemann (natlib.): Der jetzige Zustand sei in der Tat unhaltbar. Zum Reichsamt des Innern gehören sehr viele Angelegenheiten, die andern Reichsämtern zugewiesen werden könnten. Auch in anderen Staaten werden die wirtschaftlichen Fragen und die sozialpolitischen Fragen in besonderen Aemtern oder ähnlichen Gebilden vereinigt. Ein derartiger Ausweg wäre auch für uns das Beste.

Abg. Mayer-Kaufbeuren wendet sich dagegen, daß jetzt während des Krieges etwa das Reichsamt des Innern in mehrere Teile aufgespalten werde. Entscheidend sei nicht, welche Organisationen wir haben, sondern was die Organisationen leisten. Die Leistungen des Reichsamts des Innern sollten verbessert werden. Es sollte vor allem geschaffen werden eine zuverlässige Produktionsstatistik, ferner sollte die Frage bearbeitet werden, was zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen könne, die wir nach Beendigung des Krieges erwarten.

Staatssekretär Dr. Helfferich wies nach, daß die Frage der Produktionsstatistik nicht während des Krieges gelöst werden könne; hierzu fehle es am nötigen Personal. Die anderen Fragen, die sich auf die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege beziehen, würden im Reichsamt des Innern bereits sehr eingehend vorbereitet. Es sei beabsichtigt, alles zu tun, damit unmittelbar nach dem Kriege die Arbeiterschaft der Gesamtheit am besten dienlich gemacht werden kann. Hierfür können in erster Linie in Betracht neue Produktivkräfte dem Vaterlande zu erschließen.

Abg. Gothein (Sp.): Die Trennung des Reichsamts des Innern in verschiedene, voneinander unabhängige Reichsämter sei sehr schwierig durchzuführen; dazu wäre jetzt nicht die nötige Zeit. Dringend zu warnen sei vor Überorganisation und Überbürokratisierung. Ob nach dem Kriege in der Tat eine größere Arbeitslosigkeit vorhanden sein werde, sei sehr zweifelhaft. Er sei überzeugt, daß in diesen Zweigen unseres Wirtschaftslebens sich eine große Tätigkeit entfalten und viele Arbeiter verlangt werden würden. Deshalb sei die Frage, was für die Arbeitslosen geschehen könne, weniger bedeutungsvoll, als die Sorge dafür, daß nicht die Preise zu sehr in die Höhe getrieben und zu viel Kapital in neue Anlagen gesteckt würden.

Abg. Hoch (Soz.): Beides sei notwendig: eine zweckmäßige Organisation und tüchtige Arbeit in den Organisationen. Die Frage der Statistik sei von großer Bedeutung; die Statistik müsse

wenigstens auf den Gebieten ausgebaut werden, die gerade während des Krieges von großer Wichtigkeit seien. Seine Partei beantrage, das nötige Personal zu schaffen um die Statistik über die Frauenarbeit während des Krieges und ähnliche Fragen auszubauen. Gegen den Vorschlag der Reichsleitung sei einzuwenden, daß zwar die Frage der Wirtschaftspolitik eine besondere Gruppe bilden soll, dagegen in der zweiten Gruppe die Sozialpolitik und alle übrigen Fragen vereinigt werden sollen. Dadurch würde die Sozialpolitik nicht völlig zur Geltung kommen. Am besten wäre es, wenn auch für die Sozialpolitik eine besondere Gruppe gebildet würde. Deshalb frage er an, ob es nicht zweckmäßig sei, drei große Gruppen zu bilden mit drei Unterstaatssekretären. In die erste Gruppe gehörten dann die wirtschaftspolitischen Fragen, in die zweite die sozialpolitischen und in die dritte Gruppe die übrigen Fragen. Die Sozialpolitik habe schon während des Krieges und noch mehr für die Ubergangswirtschaft eine sehr große Bedeutung, und es bestünde die Gefahr, daß nicht die nötige Mühseligkeit auf die Arbeiter genommen wird. Schon jetzt habe man die Arbeiter ausgeschlossen vom Beirat, der dem Reichskommissariat für die Beschaffung von Rohstoffen für die Ubergangswirtschaft beigegeben sei. Er sehe darin einen schmerzlichen Fehler. Am besten wäre es, wenn die drei Abteilungen zu selbständigen Reichsämtern gemacht würden mit einem besonderen Staatssekretär. Wenn das aber während des Krieges nicht durchzuführen sei, sei doch zu wünschen, daß der Unterstaatssekretär, dem die Sozialpolitik unterstellt sei, eine möglichst selbständige und einflußreiche Stellung erlange.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Errichtung einer dritten Gruppe, wie sie Abg. Hoch wünscht, müßte für die spätere Zeit vorbehalten werden. Gegenwärtig handle es sich nur darum, das Reichsamt des Innern so zu entlasten, daß der Staatssekretär seine Aufgaben erfüllen könne. Den sozialpolitischen Fragen werde im Reichsamt des Innern die allergrößte Aufmerksamkeit zugewandt; die erforderlichen Vorarbeiten seien bereits im Gange. Auch würden überall dort, wo Arbeiterfragen zur Verhandlung ständen, Arbeitervertreter zugezogen werden. Bei dem Reichskommissariat zur Beschaffung von Rohstoffen für die Ubergangswirtschaft handle es sich nur um die technische Durchführung. Die Grundlagen für die Tätigkeit des Reichskommissariats in den Arbeiterfragen werden vom Reichsamt des Innern gegeben. Wenn für die Arbeiterfragen eine besondere Organisation geschaffen werden soll, würden selbstverständlich auch Arbeitervertreter dazu berufen werden.

Abg. v. Gamp (Dt. Fr.) ist gegen die Zerstückelung des Reichsamts des Innern in selbständige Reichsämter; jedoch könnten viele Arbeiten, die jetzt das Reichsamt des Innern belasten, anderen Reichsämtern zugewiesen werden.

Graf v. Westarp (konl.) hält ebenfalls eine einheitliche Spitze für alle wirtschaftspolitischen Fragen für unbedingt notwendig.

Dem schließt sich auch Abg. Lisching (Sp.) an. Dr. Hirsch (natlib.) wandte sich ebenfalls dagegen, daß für die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen selbständige Reichsämter geschaffen werden. Er befürchtet, daß dadurch die Zuständigkeits-Spreizungen noch vergrößert werden. Die Stelle eines zweiten Unterstaatssekretärs wurde dann von der Kommission einstimmig angenommen.

Hierauf schloß sich eine Aussprache über unsere Ausfuhr und über die Eisenbahnverhältnisse. Es sprachen dazu die Abg. Gothein und Lisching (Sp.), Erzberger (Ztr.), Dr. Quard (Soz.) und Dr. Hirsch (natlib.).

Die weiteren Bestimmungen des Haushaltsplanes gaben zu bemerkenswerten Erörterungen nur bei den einmaligen Ausgaben Anlaß. Von mehreren Abgeordneten des Zentrums und der Sozialdemokratie lag der Antrag vor, der Reichstag möge die Bereitwilligkeit aussprechen, bis zur dritten Lesung in den Haushaltsplan für das Reichsamt des Innern einen Beitrag zu den Kosten der Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs für die Herstellung einer Großschiffahrtsweges von Wraffenburg bis zur Reichsgrenze unterhalb Passau einzusetzen. Die erste Rate solle 700 000 Mark betragen. Als Entlohnung solle dazu eingesetzt werden: das Reich trägt zu den Kosten der von Bayern befristeten Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs für Herstellung eines Großschiffahrtsweges von Wraffenburg bis zur Reichsgrenze bei Passau zwei Millionen Mark bei und zwar in drei Raten: für das Jahr 1917 und 1918 je 700 000 Mark und für das Jahr 1919 600 000 Mark. Für den Antrag sprachen Dr. Mayer-Kaufbeuren (Ztr.), Dr. Quard (Soz.), v. Kaner (Sp.), Pfleger (Ztr.). Ferner sprachen noch dazu die Abg. Gothein (Sp.), Dr. Hirsch (natlib.) und Graf Westarp (konl.). Der Antrag wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalliberalen angenommen.

Bei dem Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich in der Höhe von 100 000 Mark begünstigte Abg. Gen. Hoch den Antrag, der Reichstanzler möge veranlassen, daß der Beitrag um den Betrag erhöht werde, der es den Anstalten möglich mache, so viel Säuglingen in der Säuglingspflege auszubilden, wie notwendig sind. Der Direktor v. Jaconqueur teilte mit, daß auch die Reichsleitung sich bereits bemühe, die Ausbildung der Säuglingen in der Säuglingspflege in dem erforderlichen Umfange zu ermöglichen. Soweit Zuschüsse zu den Kosten notwendig seien, sollen sie gewährt werden. — Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

Der amtliche Bericht über die letzte vertrauliche Verhandlung der Kommission gab wiederum zu lebhaften Beschwerden Anlaß. Abg. Dr. David (Soz.) stellte fest, daß sich seine Bedenken gegen das Verfahren gerichtet haben, das in der merikanischen Angelegenheit eingeschlagen worden sei. Auch Abg. Dr. Stresemann stellte fest, daß seine Bemerkungen durchaus unzutreffend wiedergegeben worden sind. In der Kommission wurde allgemein der Wunsch vertreten, daß in Zukunft derartige Berichte sorgfältiger und nicht mehr so einseitig abgefaßt würden. — Mittwöchige Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Ernährungsfragen.

Wo sind die Kartoffeln geblieben?

Von den maßgebenden Stellen wurde mehrmals versichert, daß die Kartoffelernte im letzten Jahre eine außerordentlich schlechte gewesen sei. Etwa 23 Millionen Tonnen seien nur geerntet worden, wovon 270 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung verwandt werden. Das wäre also nur etwas über die Hälfte der ganzen Kartoffelernte. Da ein Verfüllungsverbot für Kartoffeln besteht, die Kartoffel auch nicht mehr zum Brotbacken verwendet und auch sonst überall mit Kartoffeln gepart wird, ist es fraglich, ob nicht doch mehr als 270 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung übrig bleiben. Aber selbst, wenn wir nur 270 Millionen Zentner in Anschlag bringen, so dürfte bei 70 Millionen Einwohnern pro Kopf und Tag über ein Pfund verzehrt werden. Nun bekommt aber die Bevölkerung schon lange nur 1/2 Pfund täglich, und in den letzten zwei Monaten gab es mehrmals infolge des Frostes und der Verkehrshörung überhaupt keine Kartoffeln. Man mußte sich mit etwas Brot behelfen und mit Kohlrüben ernähren, so gut es ging. Der geringe Zuschuß, den die Schwerarbeiter bekommen, erfordert nicht allzu große Mengen, zumal in der Frostperiode ebenfalls Kartoffeln eingespart wurden. Man darf wirklich auf das Ergebnis der Bestandserhebungen am 1. März gespannt sein. Jrgendwo müssen doch die Kartoffeln stecken! Wurden sie zurückgehalten? Oder sollten doch infolge der hohen Fleischpreise mehr Kartoffeln verfürtert worden sein, als man annimmt? Die Zeit wird es lehren.

Ser mit der eisernen Faust!

Auf der einen Seite das immer bedrohlichere Geschrei wegen des Mangels an Saatkartoffeln, auf der anderen Seite ein Kartoffelschleichhandel zu unerhörten Wucherpreisen, gegen den die gesamte Gendarmerie aufgebaut wird. Wieders auf der einen Seite die Forderung nach hohen Anreizpreisen, auf der anderen die Gewissheit, daß seit der ersten Bestandaufnahme im Herbst bis Ende 1916 mindestens 1 Million Tonnen Brotgetreide spurlos verschwunden sind. Auf der einen Seite die Zusage und das Bestreben, die geringe Lebensmittelration durch Zuweisung von Mühlenprodukten zu verbessern, auf der anderen die Tatsache, daß die Mühlen stillstehen, weil allein 600 000 Tonnen beschlagnahmte Getreide noch nicht abgeliefert sind, so daß der Minister des Innern besondere Maßnahmen androhen muß. Wundert man sich bei solchen Zuständen wirklich noch, daß die Verhältnisse nicht recht zu der immer wieder geforderten Verständigung zwischen Stadt und Land kommen? Sie haben das Gefühl, sich mehr einschränken zu müssen, als es im Vaterlande der Organisation und Selbstdisziplin eigentlich nötig sei, und sie warten auf die eisernen Faust, die endlich ein-

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dostojewski.

111. Fortsetzung.

Der Schluß der Rede Raskolnikows wurde von Ausrufen der Zuhörerchaft unterbrochen, welche übrigens sehr aufmerksam gelauscht hatte. Aber ungeachtet aller Zurückhaltung sprach er schärf, ruhig und fest weiter. Seine klare Stimme, der Ton der Überzeugung, und seine tiefste Miene brachten eine außerordentliche Wirkung hervor.

„So, jawohl, so ist es!“ stimmte Lebesjatinow erfreut bei. „Es muß wohl so sein, denn er hat mich schon gesagt, nachdem Sofia Semowna bei uns eingetreten war, ob Ihr anwesend wäret, und ob ich Euch unter der Zahl der Geladenen bemerkt hätte. Er rief mich zu diesem Behufe eigens an das Fenster und fragte mich dort leise danach. Vielleicht ist es für seine Zwecke sehr nötig gewesen, daß Ihr hier wäret. So ist es schon, ja, ja!“

Luschin zwang und lächelte nur verächtlich; doch sah er sehr blaß aus. Er schien zu überlegen, auf welche Weise er sich am besten aus der Schlinge ziehen könnte. Vielleicht hätte er mit Vergnügen all's sich selbst überlassen und wäre fortgegangen, aber dies war jetzt nahezu unmöglich; es wäre gleichbedeutend mit dem Eingeständnis gewesen, daß alle gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen gerecht waren, auch diejenige, daß er in der Tat Sofia Semowna nur verleumdet habe. Außerdem aber befanden sich die sämtlichen Anwesenden, zum Teil bereits berauscht, in großer Aufregung. Der Provinzmeister, obwohl nicht ganz klar über die Sache, überhörte alle übrigen, und schlug eine für Luschin nicht allzu angenehme Prozedur vor. Doch waren auch verschiedene Mitglieder gegenwärtig; man ließ aus allen Wohnzimmern zusammen. Die drei Polakow lärmten, schrien durcheinander und schrien Drohungen in polnischer Sprache aus. Sonja hatte mit Anstrengung gelauscht, aber sie hatte gleichwohl nicht alles erkannt, es war, als sei sie lebend aus einer Ohnmacht zu sich gekommen. Sie ließ das Auge nicht von Raskolnikow abdrücken, im Gefühl, daß von ihm alle Rettung werde. Katharina Zwanowna atmete schwer und schien sich zu erheben zu sein.

Am schmerzhaftesten aber stand Amalie Zwanowna, welche den Mund aufsperrte, ohne den geringsten Gedanken fassen zu können. Sie sah nur, wie Peter Petrowitsch förmlich in sich zusammenbrach. Raskolnikow wollte noch weiter sprechen, aber man ließ ihn nicht mehr zu Worte kommen; alles schrie und drängte sich um Luschin unter Schmähungen und Drohungen; doch Peter Petrowitsch verlor nicht den Mut. Als er sah, daß der Herrsch, Sonja anzulachen, völlig sehloschlagen war, nahm er seine Zuflucht geradenwegs zur Freiheit.

„Erlaubt, ihr Herren, erlaucht! Drängt nicht so, und gebt Raum!“ rief er, sich durch den Haufen zwängend, „laßt eure Drohungen, ich versichere euch, daß ihr nichts damit erreicht, nichts, im Gegenteil, ihr werdet euch zu verantworten haben wegen der Vergewaltigung, mit der ihr ein Kriminalverbrechen in Schutz nehmt. Die Diebin ist nur zu klar überführt und ich werde sie verfolgen lassen. Man ist im Gericht nicht so blind und — nicht so berrunken, um zwei offensündigen Gottlosen, Aufrührern und Freigeistern, die mich aus persönlicher Rachsucht beschuldigen, was sie selbst in ihrer Bekandtheit von sich eingestehen, zu glauben. Also, erlaucht gefällig!“

„Daß Euer Odem nicht mehr in meinem Zimmer weise; verlaßt mich, und alles zwischen uns sei aus! Und wenn ich bedenke, daß ich fast aus der Haut gefahren bin, wenn ich ihm meine Ideen entwiderte — ganze zwei Wochen hindurch —“

„Ich habe Euch ja längst gelagt, Andrej Semownitsch, daß ich abreißen würde, als Ihr mich noch immer festhieltet. Jetzt müge ich noch hinzugeben, daß Ihr ein Narr seid. Ich rate Euch, Euren Bestand auszuräumen sowie Eure kurzfristigen Augen. Erlaubt mir, Ihr Herren!“

Er drängte sich hinaus; doch der Provinzmeister wollte ihn nicht so leicht, nur von Schmähungen geleitet, hinauslassen; er ergriff ein Glas vom Tische, schwang es und schleuderte es nach Peter Petrowitsch; indessen das Glas flog direkt nach Amalie Zwanowna. Diese schrie laut auf, und der Provinzmeister, der von dem Werfen des Glasgewichts eingeblutet hatte, fiel unter den Tisch. Peter Petrowitsch bog sich nach seinem Zimmer; nach einer halben Stunde war er nicht mehr im Hause.

Sonja, an sich schon von schmerzhaftem Naturell, hatte wohl gemerkt, daß es leicht sei, sie zu verderben, mochte es sein, wodurch es wollte; durfte sie doch jedermann auch ungestrast fränken. Sie glaubte indessen, diesem Elend durch Borscht, Sanftmut und Zuorkommenheit gegenüber jedermann ausweichen zu können. Ihre Enttäuschung wirkte daher schwer auf sie. Sie hatte gehofft, mit Geduld und Ergebung alles, auch dies ertragen zu können, doch in letzter Minute wurde es ihr zu schwer ums Herz, zwangte ihr das Gefühl der Hilflosigkeit und jener Erniedrigung das Herz zusammen; sie versank in einen hysterischen Weintrampf. Ohne mehr an sich halten zu können, eilte sie aus dem Gemach und ihrer eigenen Wohnung zu. Dies geschah fast gleichzeitig mit dem Moment, in dem Luschin das Haus verließ. Amalie Zwanowna vermute sich, nachdem sie unter dem schallenden Gelächter der Gäste von dem Glas getroffen worden war, ebenfalls nicht mehr in dem wüsten Gelag zu halten. Seufzend eilte sie auf Katharina Zwanowna zu, die sie für die Ursache des ganzen Vorfalls hielt.

„Hinaus aus meiner Wohnung! Sofort, marsch!“ Mit diesen Worten begann sie zusammenzurufen, was ihr von Sachen Katharina Zwanownas in die Hände fiel, und alles auf den Fußboden zu werfen. Ohnehin schon völlig erschöpft, einer Ohnmacht nahe, und atemlos, sprang Katharina Zwanowna von dem Lager empor, auf welches sie traktlos gesunken war, und warf sich auf Amalie Zwanowna; doch der Kampf war zu ungleich, jene stieß sie zurück, als wäre sie eine Feder.

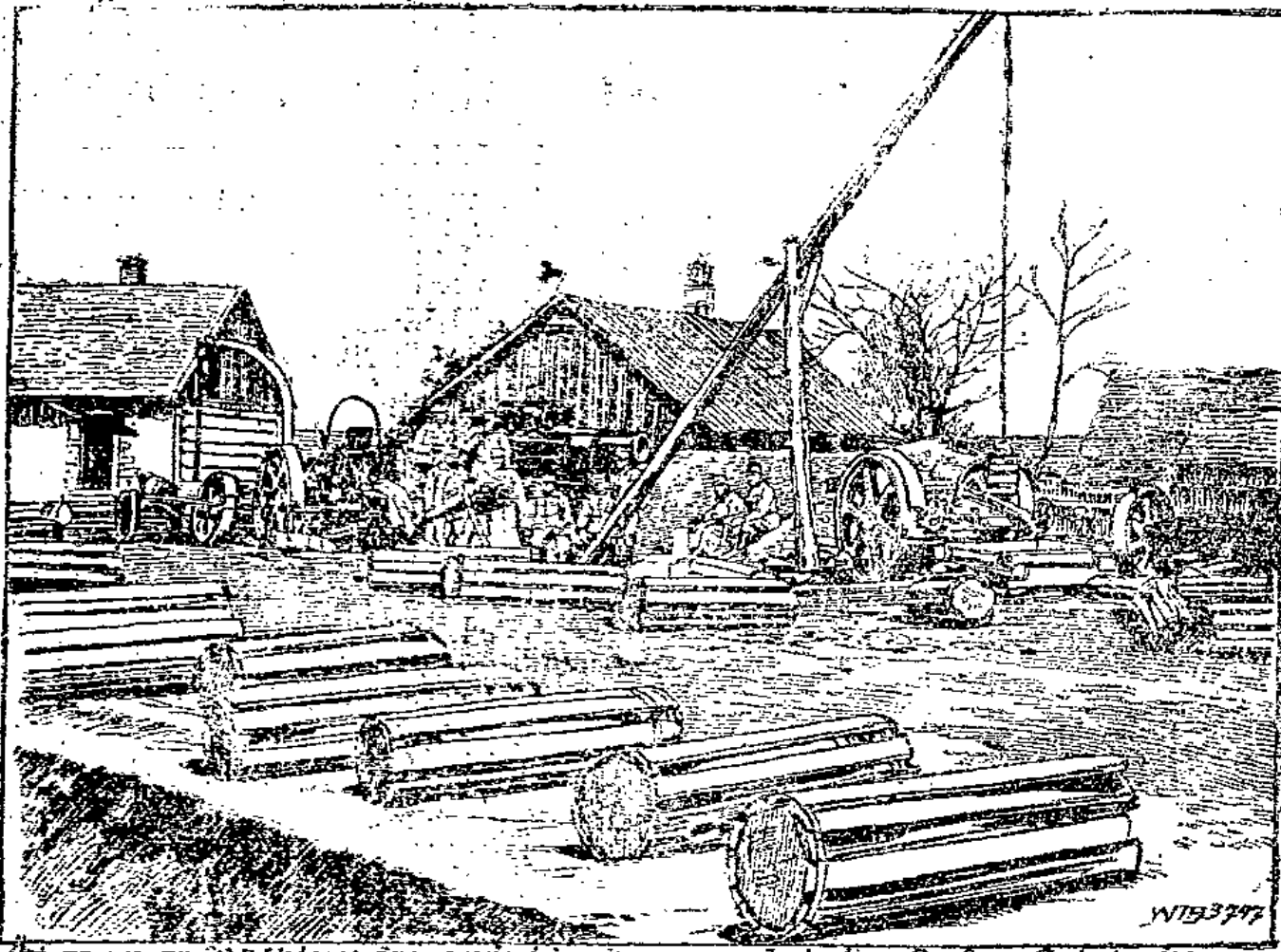
„Was, nicht genug, daß man uns so gottlos verleumdet hat, wagt es dieses Geschöpf, mich — Wie! Am Tage des Begräbnisses meines Gatten treibt man mich aus dem Hause, nach all meiner Gastfreundschaft, auf die Straße, mit den verwaisten Kindern! Wohin soll ich mich wenden?“ rief schluchzend und stöhnend das arme Weib. „Gott,“ fuhr sie plötzlich mit funkelndem Blick fort, „solte es nicht eine Gerechtigkeit geben? Wen solltet ihr da droben schämen, wenn es nicht die Waisen wären? Nun, wir werden sehen! Es gibt eine Gerechtigkeit in der Welt, ja, sie ist vorhanden und ich werde sie suchen! Sofort, da sollst sehen, gottloses Geschöpf! Polenta, bleib bei deinen Geschwistern, ich werde zurückkehren! Wartet meiner, und sollte es auf der Straße sein. Ich will sehen, ob es eine Gerechtigkeit in der Welt gibt.“

Sie warf jenes einzelne grüne Tuch um den Kopf, dessen schon der verstorbenen Marmeladow in seiner Erählung Erwähnung getan hatte, zwangte sich durch den wüsten trunkenen Haufen des Hausnachbarn, die sich jetzt alle im Zimmer gefaßt hatten, und lief jammern und weinend zur Straße hinunter, in der unbestimmten Absicht, logisch, mochte es kosten was es wolle, die Gerechtigkeit zu finden. Polenta hatte sich angestrichelt mit ihren Geschwistern in der Ecke auf den Kasten gehockt und sah dort, umgeben von den beiden Kleinen, bebend und die Rückkehr der Mutter erwartend. Amalie Zwanowna lief im Zimmer auf und ab, schrie, rechnete vor, und schleuderte alles, dessen sie habhaft wurde, auf den Boden. Die Nachbarn schrien umher, einige sprachen untereinander, um sich über das Vorgefallene zu unterrichten, andere kritiken und zankten, noch andere begannen zu singen.

„Jetzt ist es Zeit für mich,“ dachte Raskolnikow, „nun, Sofia Semowna, wir werden sehen, was du sagen wirst.“ Ge ging, um sich nach der Wohnung Sonjas zu begeben.

Raskolnikow war ein geschickter und kühner Anwalt für Sonja gegen Luschin gewesen, ungeachtet dessen, daß er selbst eigene Qual, eigenes Leid in seiner Seele trug. Nachdem er am Vormittag bereits soviel erduldet hatte, war es ihm eine Genugung, Gelegenheit zu finden, jene Eindrücke, die ihm unentraglich geworden waren, auszuwechseln, abgesehen von dem, was ihn persönlich und nach seinem Gemüt zu Sonja zu gehen bewegte. Gleichwohl empfand er eine starke Unruhe bei dem Gedanken an das bevorstehende Wiedersehen mit Sonja; Er mußte die-

Zu den Kämpfen um die rumänische Festung Galatz.



Ungar. 30.5.1916. Rumänischer Dorf vor Galatz. In der Luftaufnahme.

Seit Wochen schon liegt die rumänische Festung Galatz, der südliche Stützpunkt der russisch-rumänischen Front an der Donau, unter dem vernichtenden Kreuzfeuer unserer Artillerie. Nachdem zunächst die leichten Feldgeschütze und Haubitzen den Angriff durchgeführt und, wie die zahlreichen Brände in der Stadt beweisen, mit gutem Erfolge gearbeitet hatten, sind nunmehr auch die großen österreichischen Motorartillerie vor der Festung angelangt und haben die Beschießung aufgenommen. Unter Bild zeigt das Aufstellen eines solchen österreichischen Riesengeschützes, und wenn wir die gewaltigen Dimensionen ansehen, die ein einziges der zum Abfeuern bestimmten Geschosse annimmt, so drängt sich uns von selbst die Überzeugung auf, daß ein solcher Orkan für die Bewohner von Galatz kaum Unwehmlichkeiten haben dürfte. Die Geschosse sind über Mannesgröße lang und haben auch einen Durchmesser, der dem Umfang des menschlichen Leibes bei weitem übersteigt.

Die Bergewältigung wirtschaftlicher Naturgelege.
Die höhere Rentabilität des Futtergetreidebaues hat zu höherem Futtergetreidebau verführt. — Wenn man den Rückgang des Brotgetreidebaues gewollt hätte, könnte man es nicht besser machen! — Die bisherige Preispolitik war nichts anderes als eine Prämie für den Anbau von Futtergetreide und den Nichtanbau von Brotgetreide. — Der Marktpreis des schlechtesten, hochprozentig ausgemahlene Gerstenmehles beträgt rund 50 Prozent mehr (als der des Roggenmehles). Dieser unerhörte hohe Gerstenmehlspreis der Reichsgetreidekasse ist die eklatante Bankrotterklärung des bisherigen Preisystems. — sagt Dr. Georg Heim, der Leiter der hiesigen Landwirtschaft.

Die Preissteigerung bleibt Trumpf.
Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die neuen Preisfestsetzungen für Getreide noch über die Vorschläge der 11 Professoren der landwirtschaftlichen Hochschulen hinausgehen, denn es ist ein Roggenpreis von 270 Mk. statt der gewöhnlichen 260 Mk. in Aussicht genommen. Die Landwirtschaft erhält mehr als ihre Vertreter zu erreichen hoffen — zahlensmäßige Forderungen haben sie ja mit Ausnahme der Zuckerrübenpreise überhaupt nicht aufgestellt — und das neue Erntejahr wird uns als Ergebnis dieser „Marettage“ weder mehr Korn und Brot noch den nötigen Kartoffeln bringen, denn hinterher wird auch die Landwirtschaft ausschließlich darauf hinwirken, daß ihre Bestrebungen gegen ungünstige Witterung, Fehlen von Düngemitteln und Mangel an Arbeitskräften machtlos sind. Damit wird die Brotverteuerung trotz aller bisherigen Bewirtschaftungsmaßnahmen unausbleiblich, denn die Roggenpreiserhöhung um 50 Mark kann nicht durch eine Verminderung der Spannung zwischen Roggen- und Brotpreisen ausgeglichen werden. Zu einer Herabsetzung der Viehpreise dürfte es schon eher kommen — man findet da auf dem Wege vorübergehend unabhängig werdender Maßnahmen Gelegenheiten genug, für einen Ausgleich zu sorgen. Alles in allem: Verteuerung und keine wirkungsvolle Verhinderung der weiteren Verteuerung des noch wertvoller gewordenen Brotgetreides.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Wahlkampf in Dänemark. Die Wähler der dänischen Städte rufen sich seit einiger Zeit zu den beiden bestehenden Stadtverordnetenwahlen. Der Wahlkampf ist in allen Städten und besonders in der Hauptstadt Kopenhagen sehr lebhaft, wobei die verschiedenen Parteien und nicht am wenigsten die Sozialdemokraten eine sehr lebhafte Tätigkeit entfalten haben. Wie aus wählenden der Stadt Kopenhagen, das Ergebnis wurde zugleich ein Sieg der Sozialdemokratie, indem sie ein Mandat erzielte und dadurch ihre Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium verlor. Die Wahl ergab für die Sozialdemokraten 184 Stimmen und 8 Mandate. Die bürgerliche Liste erhielt 201 Stimmen und 1 Mandat, die Radikalen 261 Stimmen und 2 Mandate.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Unternehmer auf der Hut. Eine klare Vorstellung davon, wie sich die Unternehmer zu den Forderungen der Arbeitervereine nach dem Kriege verhalten werden, erhält man aus einem kürzlich erschienenen Bericht eines deutschen Staatsökonomischen Instituts, in welchem unter anderem folgendes gesagt wird: „In den Kriegsjahren sind die Unternehmer mit gewisser Besorgnis auf die Überwindung des nach dem Kriege zu erwartenden gewerkschaftlichen Arbeiterkampfes und ihrer Führer im Kriege, die von den alten bürgerlichen Parteien und im Besonderen auch von den Sozialdemokraten der Staats- und Reichsregierung befürchtet werden. Die Besorgnis ist nicht unbegründet, daß dadurch die Arbeitervereine der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und der Arbeitervereine entstehen werden, und bereits liegen die Grundlagen dafür vor, daß dieses Kräfteverhältnis zu immer größerer Bedeutung der Organisationen auf sozialpolitischem Gebiet und damit zu einer härteren Zusammenarbeit beider Wirtschaftsklassen führen wird.“

Der deutsche Metallarbeiterverband im Kriege. Der deutsche Metallarbeiterverband, der sich seit dem Beginn des Krieges als ein überaus aktives Mitglied der Reichsregierung hat erweisen können, hat am 2. August 1914 200, am 2. August 1915 377, am 2. Januar 1916 523, am 1. Januar 1917 723, am 1. Januar 1918 1023 Mitglieder. Der Verband hat im Kriege eine außerordentlich große Bedeutung erlangt, indem er die Interessen der Arbeiter in der Reichsregierung vertreten hat und die Reichsregierung in der Reichsregierung vertreten hat.

... (The text continues with a long, somewhat repetitive and difficult-to-read passage, likely a translation or transcription of a speech or document. It discusses various aspects of the war, the economy, and social conditions. The text is dense and contains many small errors and repetitions.)

143 848, am 2. Januar 1915 192 643, am 1. Januar 1916 305 149 und am 30. Dezember 1916 368 195. Arbeitslos wurden am 1. August 1914 13 132 gezählt, am 29. August 1914 73 595, am 2. Januar 1915 12 753, am 1. Januar 1916 2451, am 30. Dezember 1916 1116 Mitglieder. Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, ist die Arbeitslosigkeit rasch gestiegen. Vor Ausbruch des Krieges betrug sie 25 Prozent, am Ende des ersten Kriegsjahres 19,5 Prozent und ging bis gegen Ende des Jahres 1916 auf 0,5 Prozent zurück. In Arbeitslosenunterstützung wurden in den ersten fünf Kriegsjahren 4 515 012 Mk. im Jahre 1915 1 020 821 Mk. und im Jahre 1916 nur noch 200 877 Mk. ausbezahlt.

Soziales.

Wer gilt als unbemittelt? Der Begriff „minderbemittelt“ hat sich mit der fortwährenden Kriegsdauer gewandelt. Nach der Ansicht einer am 23. April 1915 ergangenen Bekanntmachung soll in der Regel derjenige, der in dem Jahre oder Steuerjahre vor dem Kriegsdiensttritt weniger als 2500 Mk. bezog, als minderbemittelt gelten, auch wenn er dieses Einkommen weiter bezieht. In einem Einzelfalle sind, wie die „Berliner Politik“ schreibt, gegen die unter dieser Voraussetzung gewährte Wochenhilfe Bedenken geltend gemacht worden. Darauf hat der Minister des Innern nach Besuchen mit dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) dahin entschieden: „Der Umstand, daß keine Verminderung des Familieneinkommens eingetreten ist, begründet die Ablehnung der Wochenhilfe nicht. Einmal ist da, wo der Kriegsteilnehmer getrennt leben muß, auf einen Mehraufwand für seinen persönlichen Unterhalt zu rechnen. Sodann ist zu berücksichtigen, daß infolge der Kriegsteuerung dem gleichen Einkommen nicht mehr die gleiche Kaufkraft zukommt wie vor dem Kriege. Endlich aber bedenklich ist die Bekanntmachung vom 23. April 1915 in der Sache. Dem Kriegsteilnehmer als solchen eine Vergünstigung zu gewähren. Dieser letztere Umstand schließt jedoch aus, daß Kriegsteilnehmer sich mit Recht darauf berufen könnten, daß sie im Hinblick auf ihre gleichzeitige Wirtschaftslage ebenfalls Anspruch auf die Wochenhilfe haben müßten. Bezüglich der Kriegsteilnehmer mit seiner Familie — im Gegensatz zur Zeit vor dem Kriegsdiensttritt — ist ein nennenswerter höheres Gesamteinkommen als 2500 Mk. zu berücksichtigen zu prüfen sein, ob diese Tatsache nicht die Annahme rechtfertigt, daß die Verhältnisse nicht bedingt sind. Eine allgemeine Regel für die Beurteilung dieser Frage läßt sich bei der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse nicht wohl aufstellen. Jedenfalls aber entspricht es der wohlwollenden Absicht der Bundesratsverordnung, wenn dabei auf die bei getrenntem Aufenthalt des Ehemannes und infolge der Steigerung der Preise notwendigen Mehraufwendungen schützende Rücksicht genommen wird.“ Demnach haben sich die zuständigen Stellen zu der Auffassung bekannt, daß der Begriff „minderbemittelt“ nicht unbedingt durch ein Einkommen von 2500 Mk. nach oben abgegrenzt wird, sondern mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Kriegsteilnehmer und die verringerte Kaufkraft des Geldes in der Kriegszeit unter Umständen auch für höhere Einkommensstufen gelten kann.

Die Krise des Familienlebens.

„In all der Krisen, die uns dieser furchtbare Krieg schon gebracht hat“, schreibt Maurice de Waleffe im „Berliner Journal“, „ist jetzt noch eine neue Gefahr entstanden: die Krise des heimischen Herdes. Nicht am wenigsten ist gegen die Theaterstücke zu Felde gezogen, die mit etwas gar viel „Ehrlich“ den Franzosen und Engländern erzählen, daß in der Ehe gegenseitig volle Freiheit zu lassen. Das möchte in einer kulturellen Gesellschaft, wie sie nach Kulturen verfährt, unempfindlich sein. In der ersten, die sich bereits abwärts gehen läßt, kann die ledere Moral nur verhängnisvoll sein.“
„Was ist die Ehe? Ein Pakt, zu zweien leben zu wollen. Und ein Mann der Krieg daher und erlöste alle diese Pakte auf mehrere Jahre für ungültig, greift mit freier Hand in die Heiligkeit von Heiratsverträgen und Heiratsverträgen. Die fest gegründeten Ehen werden die Prüfung überleben. Aber die jungen Ehen, die während noch nicht trocken waren, als der Krieg ausbrach, die zeigen sich jetzt bedenkliche Sprünge und Risse, und es besteht nur allzu begründete Gefahr, daß sie in die Irre gehen.“
„Gestern verlangte mich ein junger Hauptmann zu sprechen, der mit mir dem Namen nach bekannt war. In keinem Privatberuf, Ingenieur, Bauarbeiter aus dem bestes Gebiet und seit dem Tage der Kriegserklärung unter den Waffen. Mit bestürzter Stimme begann der kühn gewagte Name Mann von etwa 25 Jahren in folgenden Worten zu sprechen:
„Ich bin vollkommen verzweifelt. Mein Urlaub ist zu Ende. Ich werde nicht wieder mit meiner Frau bei meinem Regiment sein. Ich brauche nicht mehr Kriegserklärung. Rufen Sie mir. Helfen Sie.“
„Was ist denn aber geschehen?“
„Etwas Schreckliches. Seit zwei Tagen liegt sie regungslos da. Keine Frau ist ansgeritten. Ich hatte schon so lange keine Frauen mit meiner Frau. Mir geht nichts an. Aber sie liegt noch nicht tot. Ich konnte nichts machen. Ich kann nicht mehr ertragen, was ich angedeutet habe. Die letzte Zeit an der Front. Endlich kam die Nachricht an mich. Ich kann in Ruhe gehen. Ich stehe in der Halle, wo ich Platz und Ruhe“

für die Dauer des Krieges untergebracht habe. Niemand. Keine Adresse hinterlassen. Abgereist. Ich gehe auf die Bank, wo ich das ganze Geld deponiert habe, das ich vor dem Ausbruch des Krieges noch in Sicherheit bringen konnte: 125 000 Franken. Auch das fort.“

„Was hatten Sie denn für eine Frau?“
„Ein liebes junges Ding, das stets nett und bescheiden war. Wir haben uns nie gekannt. Sie war sehr hübsch, aber in den vier Jahren unserer Ehe hatte ich ihr nicht das mindeste vorausgeworfen. Höchstens, daß sie etwas kühl war. Da hat mich die Katastrophe wie in Blitz aus hellem Himmel getroffen. Während meines letzten Urlaubs war sie noch so lieb. Ach, wie glücklich, daran zu denken. Meinen ganzen Urlaub habe ich damit verbracht, kreuz und quer durch Paris zu laufen. Ich hoffte ja immer, ihrer habhaft zu werden. Denn ich wollte ihr ja verzeihen, schon um des Kleinen wegen. Ich habe keine Familie. Niemand als sie auf der Welt. Niemand. Nicht einmal eine Heimat. Nichts. Ach, der Krieg... Was bringt er doch für Unglück über die Menschen.“

Nicht alle Fälle sind gleich so tragisch wie der angeführte. Aber wie viele Ehen, in denen die lange Trennung unmerklich das Verhältnis verändert hat. Da war nebenan eine nette junge Frau, die mit ihrem Mann einen Handwerksbetrieb. Der Mann wurde eingezogen. Während des ersten Winters war die Frau eine Trauerweide. Sie konnte einem Leid tun, wenn man sie ansah, so trübsalig war sie. Kurzlich traf ich sie wieder, frisch, rosig, strahlend, zwei Reihen weißer Zähne hinter roten Kirchschlappen zeigend.

„Ihren Mann geht's gut?“ fragte ich.
„Sehr gut.“
„Immer noch an der Front?“
„Immer noch.“
Und an der kurz angebundenen Art wie auch an ihrem ganzen Wesen konnte ich merken, daß sie keine Ahnung von der Verheerung der Ehe hatte. Und wenn nun der Mann zurückkommt und das verlorene Liebesglück wieder nachholen wollen, ob dann wohl alles so glatt dabei abgeht? ...

Und all die Frauen, die jetzt selbständig geworden sind, gelernt haben, was es heißt, auf eigenen Füßen stehen, werden sie sich ganz genau so wie früher den Wünschen des zurückkehrenden Ehemannes fügen, sich ebenso willig und froh wie einst und wie es die Männer so sehr lieben, ins „Ehejoch“ schiden? ... Es sind in den Arbeiterpartei eine Menge neuer Leben mit feiner Damenwäsche und sonstigen Auslagen, die Frauenherzen reizen, neueröffnet, die mir nichts Gutes verheißen.
Ja, dieser Krieg hat eine Krise des Familienlebens heraufbeschworen, wie nicht anders zu erwarten war. Darum muß etwas getan werden, ihr zu begegnen. Kann den Frauen nicht erlaubt werden, den Selbstmord ihrer Männer vor dem Feinde mit eigenen Augen mitanzusehen, um so zu einem stärkeren Gefühl ihrer Pflichten erzogen zu werden, so sollte man wenigstens für h a u f i g e r e n Urlaub der an der Front kämpfenden Ehemänner sorgen. Aber irgend etwas muß geschehen, damit die Ehre der französischen Frau aus der langen Prüfungszeit dieses Krieges unbeschädigt hervorgeht.“

Aus Nah und Fern.

Strenge eigenartige Unfall erlitt die Ehefrau Helene des in der Wälderstraße in Berlin wohnhaften praktischen Arztes Dr. G. Sie wurde Montagabend gegen 9 1/2 Uhr von einem heftigen Anfallsanfall befallen und lebte sich um frische Luft zu schöpfen, aus dem Hof hinter nach dem Städtischen Kanal gelegenen Schlafzimmers. Dabei verlor sie das Bewußtsein und stürzte infolge Ubergewichts des Körpers aus dem Fenster in den Kanal hinab. Zwei Schiffe, die zu Wasser dieses Vorfalles waren, waren die Verunfallte aus dem Wasser und übergaben sie dem Ehemann. Der Zustand ist unbedenklich.

Für etwa 50 000 Mark Seide erbeuteten Eindringler in dem Geschäft von Erliger u. Lewin in der Auguststraße in Berlin. Die Diebe drangen mit Nachschlüssel in die im vierten Stock gelegenen Räume ein, öffneten einige eiserne Kisten mit Gewalt und gelangten in das Lager. Nach vorläufiger Schätzung fielen ihnen für etwa 50 000 Mark Seidenballen in die Hände.

37 000 Eier hat eine Geflügelhändlerin in Roding (Oberpfalz) beschlagnahmt; es wurden beschlagnahmt.

Zulassung weiblicher Rechtsanwältinnen in England. Trotz des lebhaften Widerpruchs des Obersten Lordkanzlers, Lord Finlay, hat das Oberhaus das Gesetz angenommen, das die Frauen zur Ausübung des Berufs als öffentliche Notare und Rechtsanwältinnen ermächtigt. Der Beschluß des Oberhauses hat in England großes Aufsehen erregt und wird als ein Triumph der Frauenrechte angesehen.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die beiden erschienenen Nr. 5 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Neuorientierung unserer Jugendbewegung? I. — Die Zeitschriften der menschlichen Vorgehens. Von G. Engelbert Graf. — Der Mensch und die Welt. Von Karl Bräger. — Entwicklung. Gedicht von Julius Brand. — Vom Photographieren. Von Richard Hagen. (Mit Abbildungen.) — Die Chemie des täglichen Lebens. Von Curt Bising. — Als es noch keine freie Jugend gab. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Lord Joelson. (Gedicht).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung
Verleger: Th. Schwab, Druck Friedr. Meyer & Co.
Erschienen in Lübeck.